

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 262.

Mittwoch, den 8. November 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Die Wirkung der Einfuhrscheine.

III. (Schluß.)

Doch werden die ärmeren Volksschichten nicht nur infolge durch das Einfuhrsystem geschädigt, als es die Getreide- und damit auch die Brotpreise erhöht, sondern als es auch die Zolleinkünfte der Reichskasse verringert und die auf diese Weise entstehenden Fehlbeträge der Reicheinnahmen natürlich durch andere Steuern und Abgaben ersetzt werden müssen. Wie schon erwähnt, können die Einfuhrscheine nicht nur zur Bezahlung des Zolls für eingeführtes Getreide verwendet werden, sondern auch zur Bezahlung des Zolls für Kaffee und Petroleum. Der Getreideexporteur, der keine Verwendung für die erhaltenen Einfuhrscheine hat, verkauft sie daher an der Börse an einen Kaffee- oder Petroleumimporteur, natürlich nicht zum vollen Zollbetrag, sondern meist mit 1/2 bis 3 Proz. Abschlag (je nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage), und dieser Importeur gibt sie dann bei der Entrichtung seiner Zollgebühren mit in Zahlung. Dadurch wird bewirkt, daß in Jahren starken Getreideexports ein recht beträchtlicher Teil der Zolleinkünfte nicht in bar an die Zollkassen entrichtet, sondern durch Einfuhrscheine gedeckt wird. Wie beträchtlich diese Summen sind, beweist folgende Aufstellung:

Es betrug der Bruttoertrag der deutschen Zölle (Einfuhr- und Durchgangszölle) im Jahre

Jahr	Mill. Mark	Davon wurden gedeckt durch Einfuhrscheine
1906	651,1	59,6
1907	789,2	55,4
1908	692,3	102,3
1909	804,9	100,4
1910	889,2	123,5

Wir sehen, es ist im Jahre 1909 ungefähr ein Achtel und im Jahre 1910 sogar mehr als ein Siebentel der gesamten Zolleinnahmen des Reiches durch Einfuhrscheine bezahlt worden.

Nun behaupten zwar die Interessenten hoher Getreidepreise, und die konservative wie klerikale Presse schwächt es gedankenlos nach, daß der Reichskasse kein Schaden durch die Einfuhrscheine entsteht, denn wenn diese Scheine nicht existierten, würden nicht solche Mengen von Getreide, Kaffee, Petroleum in das Zollgebiet eingeführt werden. Eine ganz alberne Behauptung! Die Einfuhr von Kaffee und Petroleum richtet sich erstens nach dem Bedarf, zweitens nach dem Preisstand. Auf beide sind die Einfuhrscheine ohne jeden Einfluß. Selbst der Kaffee- oder Petroleumzollzuschlag wird dadurch nur in so bescheidenem Maße berührt, daß die kleine Ermäßigung ohne irgendwelche Rückwirkung auf die inländischen Kaffee- und Petroleumpreise bleibt. Wenn auch der Kaffeeimporteur die Einfuhrscheine mit einem geringen Abschlag an der Börse kauft, also für Einfuhrscheine im Zollbetrage von 1000 Mk. nur vielleicht 970 oder 980 Mark gibt, so ist doch diese kleine Zollerparnis viel zu gering, um irgend einen Einfluß auf den inländischen Preisstand oder gar den Bedarf auszuüben. Sie verschwindet einfach als Extraprofit in die Taschen des Kaffeeimporteurs.

Wird die Bestimmung aufgehoben, daß die Einfuhrscheine auch zur Begleichung von Kaffee- und Petroleumzollrechnungen verwendet werden dürfen, so wird darum durchaus nicht weniger Kaffee oder Petroleum in Deutschland eingeführt werden — der Unterschied wird nur sein, daß dann die Zollkassen die Zollbeträge in Geld erhalten.

Aber werden nicht dann die Getreideexporteure die Einfuhrscheine in um so stärkerem Maße zur Bezahlung des Zolls für eingeführtes Getreide benutzen? Sicherlich würden sie das zunächst versuchen; ob sie es aber auf die Dauer können würden, ist eine andere Frage. Die Ausfuhr von Roggen übersteigt, wie wir sehen, bereits die Einfuhr, und die Ausfuhr von Hafer hat nahezu die Höhe der Einfuhr erreicht, die Verwertungs- bezw. Verwendungsmöglichkeit der Einfuhrscheine ist also schon heute eine ziemlich begrenzte. Würde nun aber die Verwendungsmöglichkeit dadurch noch mehr eingeschränkt werden, daß nicht mehr, wie bisher, ein großer Teil der Einfuhrscheine im Kaffee- und Petroleumhandel untergebracht werden kann, wird also die Nachfrage nach solchen Scheinen und zugleich die Gelegenheit, sie jederzeit abzusetzen zu können, wesentlich eingeschränkt, so ist die natürliche Folge, daß die Einfuhrscheine ihren Wert teilweise verlieren. Dann sind aber auch eine ganze Reihe Getreideexportgeschäfte, die heute noch rentabel sind, nicht mehr rentabel. Sie

werden aufhören, das heißt die Ausfuhr wird abnehmen, und die östlichen Getreideproduzenten werden suchen müssen, auf den Märkten Westdeutschlands ihr Getreide abzusetzen.

Abgesehen — das wollen wir hier gleich hinzufügen — genügt es keineswegs, daß die Verwendung der Einfuhrscheine zur Begleichung von Kaffee- und Petroleumzollgebühren aufgehoben wird; im Interesse der ärmeren Volksschichten muß vielmehr verlangt werden, daß auch stets für die Ausfuhr einer bestimmten Getreidegattung die gleiche Getreidegattung wieder eingeführt werden muß, daß also Einfuhrscheine, die für exportierten Hafer ausgestellt sind, auch nur für die Einfuhr von Hafer gelten, ebenso auch Einfuhrscheine für exportierten Roggen nur für die Einfuhr von Roggen. Auf diese Weise wird zwar ermöglicht, daß je nach den verschiedenen örtlichen Bedürfnissen für ausgeführten ostelbischen Weizen nordamerikanischer, argentinischer oder englischer Weizen eingeführt werden kann usw., daß aber stets für ein bestimmtes Quantum Getreide, das zur Ausfuhr gelangt, an derselben oder an anderer Grenzstelle das gleiche Quantum Getreide derselben Gattung eingeführt wird, das Gesamtquantum des im deutschen Zollgebiet vorhandenen Getreides der einzelnen Gattungen also dasselbe bleibt.

Eine solche Bestimmung würde zwar auch zur Folge haben, daß im Osten der Getreidepreis etwas höher stehen bleibt, als wenn wieder der alte Identitätsnachweis hergestellt würde, sie würde aber andererseits die Versorgung der nicht genügend Getreide für den eigenen Bedarf produzierenden westlichen Gegenden mit billigerem Getreide wesentlich erleichtern und die beträchtliche Spannung, die zwischen den Getreidepreisen im Osten und Westen besteht, etwas ermäßigen, wenn auch von einem Ausgleich natürlich nicht die Rede sein kann.

In seiner heutigen Form ist das Einfuhrscheinsystem jedenfalls ein Mittel zu künstlicher Hochhaltung der Getreidepreise, d. h. zur Bereicherung der großen ostelbischen Getreideproduzenten auf Kosten der breiten Volksmasse, und deshalb muß es hinweggeräumt werden — je schneller, desto besser.

Die Reichstagswahl.

Eine nationale Einigungskandidatur

ist jetzt in Hannover aufgestellt worden und zwar in der Person des Obermeisters Harry Plate, der bekanntlich vor gar nicht langer Zeit auf „allerhöchstem“ Vertrauen als Vertreter des Mittelstandes ins Herrenhaus berufen wurde. Es sind hauptsächlich die konservativen Elemente der Stadt Hannover, die diese Kandidatur proklamiert haben. Am unangenehmsten überrascht werden davon die koalitierten Nationalliberalen und Freisinnigen sein, die in der Person des Volksparteilers Lenzberg, der einst als demokratisch galt, mittlerweile sich aber zum Nationalliberalen mit freisinnigem Anhängerschild durchgemauert hat, den geeigneten Sammelkandidaten gegen die Sozialdemokratie gefunden zu haben glaubten. Unsere Genossen werden jedenfalls das ihrige tun, um das Erbe Meisters der Partei zu erhalten.

Spahn jr. unten durch.

Das Zentrum im Wahlkreis Marburg stellte für die bevorstehende Reichstagswahl den Freiherrn von Rerkering auf. Damit ist der gegenwärtige Vertreter des Kreises, Professor Dr. Martin Spahn, abgewimmelt, und da er auch bei den elfässischen Landtagswahlen durchgefallen ist, kann er sich vorläufig ganz seiner Dozenten-tätigkeit widmen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Reichstag

verhandelte am Dienstag über den japanischen Handelsvertrag und einen Auslieferungsvertrag mit England, der sich aber nur auf gewisse unter englischem Protektorat stehende Gebiete bezieht. Beide Verträge wurden genehmigt und ebenso, und zwar debattelos, die von der Regierung vorgeschlagene Verlängerung des Handelsprovisatoriums mit England. Daß der japanische Handelsvertrag nicht gerade ein Meisterwerk ist, wurde von keiner Seite bestritten. Der Nationalliberale Stresemann, der Fortschrittler Ramey, der Zentrumsmann Dr. Pieper, der Reichsparteiler Linz und der Konservative Rösike stimmten darin überein. Ein heiteres Moment brachte der Antisemit Dr. Werner in die Debatte, der augenscheinlich den Reichstag mit einer Festveranstaltung des Vereins deutscher Studenten verwechselte. Genosse Dr. Südekum trat den Ausführungen Stresemanns

entgegen, der die Gelegenheit benutzte, um im Zentralverbandsstil über die „ungeheuerlichen Lasten“ der Sozialpolitik zu zeteren. Unser Fraktionsredner wies ferner auf die außerordentliche Erschwerung der Handelsvertragsverhandlungen durch die schikanöse Hochschutzzollpolitik hin. Beim Auslieferungsvertrage verlangten die Liberalen Jank und Dove gefühllos die Regelung des Auslieferungswesens; aber schlagfertig antwortete Genosse Heine, daß eine solche Regelung an sich zwar wünschenswert sei, daß aber der gegenwärtige Zustand der Vornahme der Neuregelung durch die Schwarz-Blauen und ihrem Bethmann vorzuziehen sei.

Das wichtigste Ereignis der Sitzung geschah erst am Ende. An den Vorschlag des Präsidenten, die nächste Sitzung erst am Donnerstag stattfinden zu lassen, knüpfte sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in der die allgemeine Entrüstung über das Nachwerk zum Ausdruck kam, das das Zwillingsspaar Bethmann-Riberken unter dem Titel des Marokkoabkommens dem Reichstag vorzulegen den seltsamen Mut gehabt hat. Die allgemeine Entrüstung — wenigstens kam keine andere Meinung zum Ausdruck — da die Rechte sich ausschwiegen. Nach der Haltung des Zentrums im Seniorenkonvent fiel es auf, daß Herr Gröber mit einmal mit dem Gedanken, das Marokkoabkommen genehmigungspflichtig zu machen, zu liebäugeln begann. Gebunden hat er sich nicht. Augenscheinlich will das Zentrum sehen, wie der Hase läuft, ehe es sich völlig mit Bethmann-Riberken solidarisiert. Eine unwürdige Rolle, die die Regierung dem Reichstag zumutet, wurde, ohne daß irgend welcher Widerpruch laut wurde, vom Genossen Bebel auf das schärfste geäußert, und auch Herr Wiemer und Herr Bassermann fanden kräftige Worte. Warten wir ab, ob die Taten folgen.

Ein Meisnerfall der blau-schwarzen Blockbrüder in Breslau.

Durch einen Gewaltakt der blau-schwarzen Blockbrüder wurde im Frühjahr dieses Jahres das Mandat des Landtagsabgeordneten Ehlers in Breslau für ungültig erklärt. Am Montag fanden die Wahlmännererwahlen statt. Die Hoffnung der Reaktionskräfte, durch massenweises Zutreiben aller Beamten und sonst von diesen noch abhängigen Elemente die Zahl ihrer Wahlmänner zu vermehren, hat sich erfreulicherweise nicht erfüllt, im Gegenteil, es gelang den Sozialdemokraten und den Liberalen, die sich bei den Stichwahlen gegenseitig unterstützten, den Mandatsräubern eine empfindliche Schlappe beizubringen. Nicht weniger wie 45 Mandate wurden dem blau-schwarzen Block entzogen. Die Sozialdemokraten, die 62 Mandate zu verteidigen hatten, gewannen zwölf; die Liberalen hatten 57 zu verteidigen und gewannen 33, die blau-schwarzen Reaktionskräfte hatten 103 zu verteidigen, konnten aber davon nur 58 behaupten. Und das auch nur, weil namentlich auf die Beamten ein unverkämpfter Druck ausgeübt wurde. Im ganzen standen 224 Wahlmänner zur Wahl. Einige Wahlen in der ersten Abteilung kamen nicht zustande.

Die Majorität für den freisinnigen Abgeordneten-Kandidaten Ehlers ist mit Unterstützung der sozialdemokratischen Wahlmänner, die schon bei der letzten Wahl für ihn stimmten, gesichert, selbst wenn noch einige kleine Verschiebungen zugunsten der Reaktionskräfte eintreten sollten.

Graf Wojadowsky als Hanjabündler.

Auf eine Anfrage der Bielefelder Ortsgruppe des Hanjabundes hat sich Graf Wojadowsky erklärt, daß er mit den Grundgedanken des Hanjabundes vollkommen einverstanden sei. Eine zustimmende Erklärung des einstigen Staatssekretärs zu der ihm angetragenen Kandidatur ist noch nicht erfolgt.

„Nationale Arbeiter“.

Die bekannte Schöpfung des Reichsverbandes, der „Ausschuß zur Förderung der vaterländischen Arbeitervereine“ hatte am Sonntag die von ihm protegierten Selben nach Berlin zu einer Tagung berufen. Minister, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten, große industrielle Werke, die reaktionären Parteien des Reichstages und des Landtages hatten sogleich Vertreter als Gäste entsandt, daß die Zahl dieser Gäste die der Vertreter der Selben jedenfalls überstiegen hat. Anwesend waren auch der reichsverbändlerische General v. Loebell und der Feldmarschall v. d. Goltz. Diesen Sönnern und Geldgebern der Arbeitswilligen-Organisationen ist dann erzählt worden, daß es die Selben bereits auf 66 000 Mitglieder gebracht haben. Die Herren Protektoren werden durch diese Erzählungen jedenfalls geneigt worden sein, noch etwas tiefer in den Geldbeutel zu greifen, denn die Betätigung staatsbehaltender Gesinnung haben sich Arbeiter dieses Schlages noch immer gut bezahlen lassen. Interessant an der ganzen Sache ist eigentlich nur, daß Beamte aller möglichen Ressorts Zeit haben, eine Veran-

haltung der Arbeitswilligen zu besuchen. Wenn gewerkschaftliche Organisationen zu erstem Tun versammelt sind, dann ist man in diesen Ressorts immer gerade so stark beschäftigt, daß nicht einmal ein armseliger Geheimrat abgeordnet werden kann. Die deutsche Arbeiterklasse geht über die Selben und ihre Protektoren überlegen lachend zur Tagesordnung über.

Die Wahlparole der agrarischen Mittelständler.

Die „Deutsche Mittelstandszeitung“, das Organ der vom Bunde der Landwirte gegründeten Deutschen Mittelstandsvereinigung, veröffentlicht die folgende Wahlparole:

„Der Feind steht links, und zwar ganz links, es ist die revolutionäre Sozialdemokratie aller Schattierungen, und es sind diejenigen Parteirichtungen, welche entweder bei der Haupt- oder doch bei der Stichwahl mit ihr gemeinliche Sache machen, wenn auch nur, um Mandate zu erhaschen. Wir wissen, daß uns diese Haltung gegenüber Parteien, welche noch zu bürgerlichen gerechnet werden wollen, von verschiedenen verübelt wird, können aber nicht anders handeln aus Rücksicht auf das Deutsche Reich und uns selbst. Von der Sozialdemokratie trennt uns eine ganze Welt.“

Die Gesellschaft wird sich schon noch besinnen!

Eine konservative Antwort.

Für die Niederlage der Liberalen bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin glaubte die „Vossische Zeitung“ die „perfide Taktik der Konservativen“ mit verantwortlich machen zu können. Darauf gibt nun die „Kreuzzeitung“ folgende Antwort:

„Man kann dem Schmerz der Liberalen viel zugute halten. Aber daß sie es als unsere patriotische Pflicht ansehen, freisinnige Kandidaten gegen sozialdemokratische zu unterstützen, das ist Lartüfferie. Diese beiden Parteien sind jetzt bei allen Wahlen gegen uns verbündet, sie beschimpfen uns täglich um die Wette, und wenn also nur wenige Konservative in der Selbstentäußerung so weit gehen, trotzdem noch für einen freisinnigen Kandidaten zu stimmen, so sind die Freisinnigen die letzten, die dagegen etwas einwenden können. Die Wahl am Sonntag ist liberale Forderung. Wenn erst alle Forderungen des Liberalismus auf dem Gebiete des Wahlrechts und des Wahlverfahrens durchgesetzt sind, dann wird in Berlin überhaupt nur noch sozialdemokratisch gewählt. Es schlägt also auch in der Praxis garnichts, ob die Konservativen sich der Stimme enthalten oder nicht.“

Nationalliberaler Dank.

Die badische Zentrums Presse liegt, wie das garnicht anders zu erwarten ist, mit den Nationalliberalen wegen der Konstanzer Wahl noch in scharfer Fehde. Daher spielt auch das Wahlabkommen mit den Sozialdemokraten eine große Rolle. In unbegreiflicher Feigheit verlegt sich nun die liberale Presse aufs Leugnen.

Das liberale Blatt in Singen, dem Wohnsitz des neugewählten Abg. Schmid, schreibt auf einen Angriff des dortigen Zentrumsorgans:

„Wir stellen hiermit auf Grund genauer Kenntnis des Sachverhalts fest, daß diese zentriale Behauptung eine grobe Unwahrheit ist. Reichstagsabgeordneter Schmid hat keine auf die Stichwahlhilfe bezüglichen Bedingungen unterzeichnet.“

Demgegenüber erklärt der sozialdemokratische Parteisekretär für Oberbaden, der in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden der badischen sozialdemokratischen Landesorganisation die Verhandlungen mit den Nationalliberalen leitete:

„Der (natl.) Kandidat Schmid, welcher an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, hatte schon im Laufe des Tages dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Kreiswahlkomitees erklärt, daß er die gestellten Forderungen anerkenne, da er ganz auf dem Boden der Forderungen stehe. Die Vertreter der Liberalen gaben in der Sitzung die gleiche Erklärung ab. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die anwesenden Vertreter der beiden liberalen Parteien erklären im Einverständnis und im Auftrage des Kandidaten Herrn Schmid, daß er im Falle seiner Wahl für solche Gesetze und Gesetzesänderungen, wie sie in der Resolution des Senats sozialdemokratischen Partei tags verworfen werden, nicht eintreten wird.“

Die Erklärung wurde mündlich abgegeben und vom Genossen Engler, dem Parteisekretär, zu Papier gebracht. Eine Handschrift oder eine schriftliche Erklärung von Herrn Schmid zu verlangen, hatten wir unter den gegebenen Umständen keinen Anlaß.“

Gesundheitsexpedition für Deutsch-Ostafrika.

Medizinrat Professor Dr. Koch, Direktor des Hamburger Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten, hat sich in Begleitung von Dr. Sturm-Neustadt a. d. Haardt am 4. November in Marseille auf dem Dampfer „Kraupring“ nach Deutsch-Ostafrika eingeschifft. Hier wird die Expedition mit den von dem bayerischen Landtagsabgeordneten Eugen Albrecht-Neustadt a. d. Haardt erfindenen Apparaten, die zur Bekämpfung der Schnaken und des Herz- und Sauerwurms erfolgreich angewandt worden sind, die Vermittlung der Tiefseeleuchte und des Anopheles vertuschen, die die Schlafkrankheit und Malaria auf Menschen übertragen.

Stimmungsmaße für eine Flottenvermehrung.

Der fortschrittliche „Frankische Kurier“ will aus bester Quelle erfahren haben, daß der Kaiser in den Tagen der Marokko-Kriegsbegehung den Kriegsmarineminister und den Staatssekretär des Reichsmarineamts zu sich entboten und ihnen die Frage vorgelegt habe, ob Meer und Flotte kriegsbereit seien. Während Herr v. Heeringen bejahte, hatte Herr v. Tirpitz Bedenken und zwar erstens mit Rücksicht darauf, daß der Kaiser-Wilhelm-Kanal augenblicklich nicht benutzbar sei; zweitens, weil unsere Verteidigungslinie bei Cuxhaven nicht schlagfertig sei (sie soll angeblich mit veralteten Geschützen ausgerüstet sein), und drittens, weil unsere Unterseeboote weder an Zahl noch in bezug auf ihre Technik dem Feinde gewachsen seien, und endlich unter dem Hinweis auf die Tatsache, daß unsere Hochseeflotte nur mit 28-Zentimeter-Geschützen ausgerüstet sei, während die englischen Schiffe mit 30- und 34-Zentimeter-Geschützen bemannet seien.

Wenn sich Herr v. Tirpitz so geäußert hätte, dann müßte der Eindruck erweckt werden, als ob unsere maritimen Einrichtungen sich in einem Zustand der Verfallens befänden. Daß davon keine Rede sein kann, ist für jeden Kundigen klar. Deshalb muß erwartet werden, daß die ganze Erzählung ungefügt amüßlich demontiert wird. Geschieht das nicht, dann hat man es mit einer Stimmungsmache für neue und jedenfalls ganz ungeheure Marineforderungen zu tun. Der Moment für diese Stimmungsmache wäre nicht ungeeignet gewählt, denn bei den bevorstehenden Marokko-Debatten im Reichstage hätte erstens die Regierung eine recht zugkräftige Ausflucht gegenüber den kriegsbegehrigen Gruppen, und ferner könnte dann Herr v. Tirpitz ganz bestimmt darauf rechnen, daß auf alle Fälle Nationalliberale und Konservative fordern würden, die „Lücken“ bei der Marine so rasch als möglich auszufüllen. Damit wäre gleichzeitig den Wünschen der Panzerplatten-Patrioten Rechnung getragen. Bei der Art, wie Staatssekretär v. Tirpitz in seinem Ressort schaltet und waltet, ist ganz besondere Vorsicht geboten.

Die Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt.

Am kommenden Freitag, dem 10. November, steht das Volk des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt vor der Erneuerung seines Landtages. Für die zukünftige Politik im Lande werden diese Neuwahlen von größter Wichtigkeit sein. Der bisherige Landtag setzte sich aus sechs sozialdemokratischen und zehn bürgerlichen Abgeordneten zusammen. Die Klasse der allgemeinen Wähler besetzt zwölf, die höchstbesteuerte Klasse vier Mandate. In der Hauptsache handelt es sich am 10. November für unsere Partei um die Erringung der Landtagsmajorität. Bereits vor zwei Legislaturperioden war die Sozialdemokratie im Besitz von acht Mandaten, verlor aber 1906 und 1908 je ein Mandat, wobei nur einige Stimmen zur Majorität fehlten. Heute liegen die Dinge so: Die Wahlkreise Rudolstadt-Ost, Rudolstadt-West, Königsee-Stadt, Raghütte, Oberweißbach und Frankenhäuser-Stadt sind sicherer Besitz unserer Partei; in Stadtilm unterlagen wir 1908 bei der Stichwahl mit nur 14 Stimmen Majorität, in Schlotheim mit 451 gegen 475 Stimmen, außerdem bietet der Wahlkreis Königsee-Land, der schon einmal in unserem Besitz war, gute Aussicht auf Wiedereroberung; ebenso Frankenhäuser-Land. Angesichts dieser Situation setzen unsere Genossen alle Kräfte ein, um den Kampf ehrenvoll zu bestehen. Es wird dann der Regierung nicht gelingen, ihre reaktionären Pläne zur Durchführung zu bringen. Man beachtete nämlich, wenn ein gefügiger Landtag zustande kommen sollte, die Verschmelzung mit Schwarzburg-Sondershausen, das ja neben Mecklenburg von allen deutschen Bundesstaaten die rückständigste Verfassung besitzt und wo der Fürst und die Höchstbesteuerten zwei Drittel der Landtagsabgeordneten ernennen und das Volk nichts zu sagen hat. Wie es dann dem heute in Rudolstadt noch geltenden allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht zum Landtag ergehen würde, kann man sich denken. Auch auf dem Gebiete des Gemeindefreehrechts würde bei einer etwaigen Verschmelzung versucht werden, das in Sondershausen geltende Dreiklassenwahlrecht bei uns einzuführen. Unsere Partei ist nicht gegen eine Verschmelzung, aber wenn man Volksrechte dabei verschachern will, wird sie äußersten Widerstand leisten. Der Usurari der bürgerlichen Parteien ist der bisherige. In elf von zwölf Wahlkreisen der allgemeinen Wählerklasse haben sich die Bürgerlichen aus Angst vor der Sozialdemokratie zu einem Nichtschick vereinigt, der ihnen aber nicht viel helfen dürfte. Dafür sorgt schon die zielbewusste Agitation unserer Genossen und die Teuerung, die schwer auf der minderbemittelten Bevölkerung des Landes liegt.

Der Raubkrieg.

Deutsche und englische Berichterstatter erklären jetzt gleichfalls, daß den Italienern in Tripolis eine schwere Schlappe beigebracht worden sei. Die Italiener nehmen trotzdem den Mund sehr voll und jubeln jetzt über die angebliche Wiederbesetzung der Batterie Hamidieh. Nach ihrer Meinung ist die Situation für sie wieder günstig. Warten's wir ab!

Die Revolution in China.

Der Pekingener Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Die Regierung gibt zu, daß Hankau von den Rebellen zum dritten Male wieder erobert worden ist. Trotz des Geschüßens des Forts hätten die Regierungstruppen nicht widerstehen können. Die Armee der Rebellen ist durch meuternde Regimenter auf 33 000 Mann erhöht worden. Der neuernannte kaiserliche Kommandant und kommandierende General der nördlichen Truppen ist beauftragt worden, mit den Rebellen in Yangtse zu verhandeln, nachdem der Rebellenführer die Forderungen Suanshikais abgelehnt hat, trotzdem alle revolutionären Forderungen mit Ausnahme der Abdankung der Dynastie bewilligt worden sind.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 8. November.

Achtung, Bauarbeiter! über die Firma Glogner ist bei den Ausschachtungsarbeiten der Straßenbahn-Wagenhalle (Rabenstraße) wegen Lohnindifferenzen die Sperre verhängt. Kein rechtlich denkender Arbeiter darf den entlassenen Kollegen in den Rücken fallen.

Die Zarißkommission.

Die Lithographen und Stein drucker, welche bisher auf den Lubeckwerken beschäftigt waren, haben nunmehr ebenfalls die Arbeit eingestellt. Auch das gesamte Hilfspersonal ist heute nicht wieder an seine Arbeitsplätze zurückgekehrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins findet der öffentlichen Versammlungen wegen nicht Donnerstag, sondern am Freitag abend, den 10. November, statt.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern abend im Gewerkschaftshaus tagte, war sehr gut besucht. Zunächst berichtete Genosse Bromme über den vom 17. bis 27. Oktober stattgefundenen Vortrag-

kursus des Genossen Dr. Duncker, der bekanntlich über das Thema sprach: Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen.“ Ein Stoff, der das Interesse der Teilnehmer bis zum letzten Moment lebhaft in Anspruch nahm. Einer Teilnahme von 105,10 Mk. stehen 198,20 Mk. Ausgaben gegenüber. Das Defizit beträgt somit 88,10 Mk., die zu gleichen Teilen von der Parteiorganisation und dem Gewerkschaftskartell gedeckt werden. Aus der über den Kursus aufgenommenen Statistik ist folgendes hervorzuheben: Es nahmen an ihm teil 301 Dauerbesucher und 148 Einzelbesucher. Von ersteren waren 280 männliche und 41 weibliche Teilnehmer. Von diesen erschienen im Durchschnitt pro Abend 292. Und zwar 99 einmal, 48 zweimal, 94 dreimal und 130 viermal. Von den Kursusteilnehmern standen 10 im Alter von 15 bis 20 Jahren, 118 im Alter von 21 bis 30 Jahren, 114 im Alter von 31 bis 40 Jahren und 48 im Alter von 41 bis 50 Jahren. Zwölf waren über 50 Jahre alt und einer ohne Angabe des Alters verzeichnet. Auf die einzelnen Gewerkschaften verteilten sich die Teilnehmer wie folgt: 2 Bäcker, 21 Bauarbeiter, ein Tischler, 3 Brauereiarbeiter und Mühlenarbeiter, 8 Buchbinder, 2 Buchdrucker, 2 Bureauangestellte, 19 Fabrikarbeiter, 5 Schlächter, 2 Friseur, 1 Gastwirtsgehilfe, 3 Gemeindefreehler, 2 Handlungsgehilfen, 3 Hausangestellte, 12 Holzarbeiter, 4 Lagerhalter, 3 Lithographen, 10 Maler, 2 Maschinisten und Heizer, 81 Metallarbeiter, 3 Schmiede, 21 Schneider, 5 Schuhmacher, 3 Steinseker, 3 Tabakarbeiter, 1 Tapezierer, 34 Transportarbeiter und 8 Zimmerer. Außerdem nahmen 87 Gefrauen ohne Beruf am Kursus teil. Dem Sozialdemokratischen Verein gehörten von den 301 Teilnehmern 266 als Mitglied an. Von der im Schriftenverzeichnis empfohlenen Literatur sind für 148,80 Mark Bücher und Broschüren bestellt worden. Eine Diskussionsklausur schloß sich an diesen Bericht nicht.

Sodann erhielt der Genosse H. Löwig das Wort zu seinem Vortrage über das Thema: Der bürgerliche Künig im Streit um die Futterkrippe“. Der Redner führte aus: Wenn sich zwei streiten, so freut sich der Dritte“; dieses Sprichwort bewahrheitet sich auch bei dem gegenwärtigen Streit der Oliguen um die erstklassigen Bürgergeschäftsmandate, der nur das Gute hat, daß das Publikum dabei einmal erfährt, in wessen Händen die Herrschaft und Verwaltung unseres Staatwesens liegt. Es ist kein Kampf der Geister um Weltanschauungen, der gegenwärtig das Bürgertum aufregt, sondern es ist nichts als ein über Zank um die Futterkrippe, um den besten Platz am Staatstrog. Oliguen und Künigel sind es, die in der ersten Wählerklasse die Mandate an sich gerissen haben und die jetzt vor deren Verlust zittern. Der Vaterstädtische Verein war bisher die Organisation, unter deren Fittichen der Künigel gedieh und die Wahlen machte. Redner schildert eingehend die Art, wie die Wahlvorschlüge zustande kommen, wie man die sogenannten unpolitischen Stadt- und Vorstadtvereine benützt, um gewisse Leute in die Bürgerschaft hineinzuschoben. Es sollte deshalb niemand, der sich zur Sozialdemokratie rechnet, diesen Vereinen angehören. Aus dem Klassenwahlrecht, welches der Künigel geschaffen habe, sei von den Wahlmachern in der Praxis ein rückständiges Ständewahlrecht modelliert worden, um kleinen Gruppen zu einem Einfluß zu verhelfen, der ihrer Zahl und sonstigen Bedeutung in keiner Weise entspricht. Das Feilschen der verschiedensten Stände um die Mandate sei eine der widerlichsten Erscheinungen bei den erstklassigen Bürgergeschäftsahlen. Dabei hat man natürlich von jeder einen Stand nie berücksichtigt, nämlich den Arbeiterstand. Allerdings will die aufgeklärte Arbeiterschaft auch gar keine Mandate von der Gnade der Oliguen, sie weiß sich eine ihr genehme Vertretung schon selbst zu schaffen. Die Ständewahlen sollen übrigens auch dazu dienen, das System der Vertretung der persönlichen Interessen zu vervollkommen und bei den verschiedensten Anlässen hat man ja auch beobachten können, wie einzelne Stände und Personen infolge ihres Auftretens und ihrer Haltung in der Bürgerschaft für sich Vorteile herausholten. Natürlich widerspricht dies dem Sinne und Wortlaut der Lübeckischen Staatsverfassung, die festlegt, daß die Bürgergeschäftsmitglieder die Gesamtheit aller Staatsangehörigen und das Wohl des Staates zu vertreten haben. Doch nicht nur materielle Interessen sind es, welche maßgebend sind, sondern zur Befriedigung ihres Machtstrebens dient manchen Leuten ihre Zugehörigkeit zur Bürgerschaft. Sie kommen in die verschiedensten Behörden und gelangen dort zur Herrschaft. Wohin das führt, zeigt der Direktionswechsel beim Stadttheater usw. Der verstorbene Intendantrat Kurticholz hat sich f. Zt. privatim darüber geäußert und über sein Scheiden von unserm Kunstinstitut, sowie den angeblichen Versuch, ihn zu halten, Mitteilungen gemacht, die nicht geeignet sind, den Glauben zu erwecken, als habe man mit ihm lokal verfahren. Redner geht sodann auf die letzten Vorgänge im Vaterstädtischen Verein ein, die zur Spaltung geführt haben, und zitiert besonders die „Lübeckischen Blätter“ und die Rede des Herrn Dr. Wittern in der Zentralhallenversammlung. „Mit Eisen erfüllt einen manchmal die Art, mit dem man in der Bürgerschaft Politik treibt“, sagte Dr. Wittern. Einen Oliguentkampf nennen die „Lübeckischen Blätter“ den Zank um die Futterkrippe. Ein anderer schreibt in dem gleichen Blatt: „Die Schiebungs- und Ubertummelungsversuche innerhalb des Vaterstädtischen Vereins sind nichts als absolutes Neues. Hier wird nur mit größeren und sehr durchsichtigen Mitteln von wenig geschickten, eiteln aber unbedeutenden Strebern nachgemacht, was andere, klügere in einer vielleicht — feineren, jedenfalls in einer geschickteren Form im letzten Wahlkampf vorgemacht haben. Und letzten Endes geben die Wahlvorgänge nur ein Spiegelbild der Politik, die heute wie ehemals von bestimmten Oliguen und Familiengruppen für ihre eigenen persönlichen Interessen betrieben wird“. Streber sind's, die in die Bürgerschaft hineinwollen, und denen zu diesem Zwecke jedes Mittel recht ist. Die Gründung des neuen Bürgergeschäftsvereins bedeutet nichts als eine Maßnahme zur Sicherung mächtiger Mandate erstklassiger Bürgergeschäftsmitglieder. Was wird schließlich das Resultat dieses „erstklassigen“ Zankes sein? Einige Streber werden durch andere Streber verdrängt. Die Wähler haben überhaupt nichts zu sagen. Kein bürgerlicher Kandidat hält sich in der Stadt Lübeck verpflichtet, öffentlich Stellung zu wichtigen Fragen zu nehmen und den Wählern reinen Wein einzuschütten. Keiner von ihnen hat ein Programm. Wie anders die Sozialdemokratie, die in öffentlichen Versammlungen Rede und Antwort steht und klar ausspricht was sie will. Der Streit im bürgerlichen Lager wird nach den Wahlen vor der Öffentlichkeit beendet, der Kitz verkleinert in Rücksicht auf die Reichstagswahlen. Das Sprichwort: Was schlägt sich, Paß verträgt sich, wird sich bewahrheiten. Uns wird der Zank der Erstklassigen dennoch von Nutzen sein, weil er manche anständigen bürgerlichen Leute von den Oliguen abstoßen wird, die sich um die Mandate raufen. Die Bourgeoisie Lübecks ist im Innern faul und morsch. Das mehr oder weniger glänzende Äußere verhüllt einen Morast. Die Herrschaft der Oliguen wird durch ein schmachliches Klassenwahlrecht künstlich gehalten. In dem Bestreben, dieses Klassenwahlrecht zu zerschlagen,

Verfälschen, sind sich die Oliguen und der Künigler aller Schattierungen einig. Das hat sich bei der Beratung unseres Wahlrechtsantrages deutlich gezeigt, wo der Reichsverbandstandbat der Wortführer der Oliguen war. Unser Kampf gilt der herrschenden Künigler- und Oliguenwirtschaft, die unser Staatswesen korrumpiert. Der Kampf wird siegreich enden, wenn es gelingt, das Klassenwahlrecht zu zerbrechen. Der Wille des Volkes, nicht das Interesse gewisser Kreise, wird dann die Richtschnur für das Handeln der Volksvertretung sein. Im Bürgerchaftswahlkampf und im Reichstagswahlkampf müssen wir immer und immer wieder aufklärend wirken, dann wird ein großer Erfolg sicher nicht ausbleiben. (Lebhafter Beifall.) Eine Diskussions schloß sich nicht an den Vortrag. Im Besonderen wurde u. a. gewünscht, die Frauen möchten sich an den Wahlarbeiten beteiligen. Weiter wurde auf die Sammelstellen hingewiesen mit dem Bemerkten, sie recht fleißig in Umlauf zu setzen. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Bürgerchaftswahlen finden in der nächsten Woche statt. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die mit offenem Bistler und einem festen Programm in den Wahlkampf zieht. Ihr gegenüber stehen verschiedene Oliguen und Künigler, die bemüht sind, in die Bürgerchaft Personen hineinzuschleichen, die ihre persönlichen Interessen zu vertreten haben. Eine solche Küniglerwirtschaft führt selbstverständlich zur Korruption in einem Staatswesen. Wer keine Korruption will, der muß dem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme geben.

Es sind Vorlagen von großer Bedeutung, welche der Erledigung durch die Bürgerchaft harren. Auf dem Steuergebiete findet eine Neuordnung der Einkommensteuer, eine Revision der ungerechten Gewerbesteuer u. s. w. statt. Eine Aufgabe, die den sozialdemokratischen Gemeindevertretern am meisten am Herzen liegt, ist die Pflege des Volksschulwesens. Es ist notwendig, Maßnahmen zur Hebung des Volksschulwesens zu ergreifen, zum Beispiel durch Vereinfachung der Vorschriften zu den höheren Schulen, durch Ausschaltung von Schulsystemen, die den Ausbau der Volksschule hemmen, wie des Systems der Mittelschulen, durch Herabminderung der Klassenfrequenz, durch unentgeltliche Gewährung der Lernmittel. All das sind Forderungen, die wir immer wieder im Interesse der Kinder des Proletariats erheben müssen, denen aber die Bourgeoisie meist verständnislos gegenübersteht.

Ebenso wichtig ist die Schulgesundheitspflege. Nur in einem gesunden Körper kann sich ein gesunder Geist entwickeln. Kranke, schwächliche oder unterernährte Kinder sind nicht imstande, den Lehrstoff in sich aufzunehmen, für sie ist die Schule eine Last, sie hindern auch die andern Kinder am Fortkommen und halten den Unterricht nur auf. Es ist deshalb ein Verdienst, auf das die Sozialdemokraten stolz sein können, daß es ihrem fortgesetzten Drängen gelungen ist, dem System der Schulärzte eine gewisse Verbreiterung zu schaffen, und damit wenigstens den Grund zu einer rationellen Schulgesundheitspflege zu legen. Genau so verhält es sich mit den Schulweisungen. Zahlreiche Kinder kommen hungrig in die Schule und finden, auch wenn sie nach Hause kommen, keine warme Mahlzeit vor. Ihnen zu helfen ist Pflicht der Gesamtheit. Aber nicht armenpflegerische Grundsätze, wie es so vielfach geschieht, dürfen hierfür ausschlaggebend sein, sondern einzig und allein unter dem Gesichtspunkt der Schulgesundheitspflege haben die Schulweisungen zu erfolgen. Auch hier sind es die Sozialdemokraten, die den Gemeinden den Weg gewiesen haben, den sie beschreiten müssen.

Auch der schulentauglichen Jugend nehmen sich die Sozialdemokraten an. Wo nur immer Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen sitzen, haben sie es als ihre Aufgabe betrachtet, den Fortbildungsschulunterricht auszugestalten. Im Laufe der Jahre haben sich ja auch unsere Gegner mehr und mehr mit dem Gedanken der Pflichtfortbildungsschule befreundet; sie erblicken darin ein Mittel, die Jugend von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Wir dagegen fordern den Fortbildungsschulunterricht um seiner selbst willen, uns liegt jeder politische Hintergedanke dabei völlig fern.

Wenden wir uns von dem Gebiet des Bildungswesens zu dem der Gesundheitspflege, so stoßen wir auch hier auf Schritt und Tritt auf die Spuren sozialdemokratischer Anregungen. In erster Linie gilt es natürlich, getreu dem Worte, daß Krankheiten verhüten leichter ist als Krankheiten heilen, alle die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erhaltung der Gesundheit erforderlich sind. Das wirksamste Mittel hierzu ist die Hebung der Lage der Arbeiterklasse, auskömmliche Löhne, geregelte Arbeitszeit, eine gute Sozialpolitik. Das durchzuführen liegt nicht in der Macht der Gemeinden, wohl aber können sie sonst manches in dieser Richtung tun. Was hindert sie, die Produktion von Milch, Fleisch und anderen Nahrungsmitteln selbst in die Hand zu nehmen oder wenn sie sich dazu nicht aufschwingen können, zum mindesten durch Einkauf der Lebensmittel im großen und Abgabe an die Konsumenten zum Selbstkostenpreise zur Vinderung der Not des Volkes beizutragen? Vereinzelt Ansätze hierzu sind bereits vorhanden, vor allem sind es die von manchen Gemeinden eingerichteten Seefischmärkte, die diesem Zwecke dienen sollen, aber das ist nur ein bescheidener Anfang, der kaum zum Ziele führen wird, wenn ihm nicht weitere Schritte folgen.

Unter den Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankheiten steht obenan der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit und gegen die Tuberkulose. Wer wollte leugnen, daß eine Anzahl deutscher Städte hier bahnbrechend vorangegangen sind und dadurch nicht nur den ärmeren Schichten der Bevölkerung, sondern auch sich selbst gute Dienste geleistet haben, insofern als ihre Armenetat dadurch nicht unwesentlich entlastet wurden! Aber auch hier wieder sind es in erster Linie die Sozialdemokraten, die stets mit neuen Anregungen hervorgetreten sind, Anregungen, die die Bourgeoisie zunächst verspottet und als völlig utopisch kurzerhand abgelehnt hat um dann später ganz dieselben Ideen als ihren Köpfen entsprungen hinzustellen und in die Tat umzusetzen. Immer und immer wiederholt sich dasselbe Schauspiel: sozialdemokratische Anträge werden, wenn sie das erste Mal gestellt sind, kaum einer ernsthaften Diskussion gemürdigt; kommen sie zum zweiten und dritten Male, dann diskutieren man sie zwar, aber man lehnt sie ab. Plötzlich erscheinen dann die gleichen Anträge in anderer Form, die Vertreter der Bourgeoisie selbst sind es, die sie nun einbringen und ihnen zur Annahme verhelfen und den Ruhm, etwas Gutes geschaffen zu haben, für sich in Anspruch nehmen. Ein kindliches Vergnügen, das wir ihnen gern gönnen, denn wir fragen nicht nach den Urhebern eines Antrages, sondern nach seinem Inhalt.

Große Erfolge wird der Kampf gegen die Tuberkulose nicht zeitigen, wenn nicht Hand in Hand damit der Kampf gegen das Wohnungselend einhergeht. Was nützt es dem armen Schwindsichtigen, daß er sich in der frischen Luft erholt und seinen Körper getränkt hat, wenn er bei seiner Rückkehr aus der Heilstätte wieder in der Mietskaserne,

in dumpfen Wohnungen ohne Licht und Luft zu hause sitzen gezwungen ist! Bieleicht ist es übertrieben, aber etwas Wahres ist sicher daran, wenn man die Tuberkulose als eine Wohnungskrankheit bezeichnet hat. Will man ihr energisch zu Leibe gehen, dann erlasse man das Übel bei der Wurzel und Sorge für gesunde Wohnungen. Wo aber sind die Gemeinden, die der wichtigen Wohnungsfrage ihre Aufmerksamkeit gewidmet haben? An den fünf Fingern einer Hand lassen sie sich herzfählen. Unter dem unheilvollen Einfluß des hausagrarischen Elements, das nur darauf bedacht ist, sich selbst zu bereichern, weisen sie alle ersten, energischen Versuche zur Vinderung der Wohnungsnot von der Hand.

Dann die Armen- und Waisenspflege. Eine vorbeugende Armenpflege ist vielfach so gut wie unbekannt, man tut nichts, um zu verhindern, daß die Leute ins Elend hinabsinken, und wenn sie dann der Armenpflege anheimgelassen sind, dann speist man sie mit Bettelbrotkrumen ab und nimmt ihnen obendrein noch ihre staatsbürgerlichen Rechte. Die Armen- und Waisenspflege mit sozialem Geist zu durchdringen ist eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Bei der Neuordnung der Armenpflege in Lübeck wird die Sozialdemokratie in dieser Richtung wirken.

So handelt es sich für die Sozialdemokratie zu den Bürgerchaftswahlen nicht um kleinliche Kirchturmsinteressen, sondern um die Lösung großer Kulturprobleme, um die Erfüllung aller Gebiete der Staats- und Gemeindeverwaltung mit sozialem Geiste, um die Demokratisierung der Verwaltung, um die Ausgestaltung ihres Wirkungsbereiches in der Richtung des Sozialismus. In der Erreichung dieses Zieles mitzuarbeiten ist Pflicht jedes Klassenbewußten Proletariats. Das schuldet er sich selbst, seiner Familie und seiner Klasse.

Gewerbegerichtswahl. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß morgen, Donnerstag, den 9. November, die Frist zur Eintragung in die Wählerlisten abgelaufen ist. Wer bis dahin im Statistischen Amt, Fleischerhauerstraße 18, den Antrag auf Eintragung in die Wählerlisten nicht gestellt hat, geht seines Wahlrechts verlustig. Versäume daher keiner diese Anmeldung. Das Bureau ist geöffnet von vormittags 10 bis 2 Uhr und abends von 5 bis 7 Uhr.

Mit den bevorstehenden Bürgerchaftswahlen

werden sich am morgigen
Donnerstag abends 8¼ Uhr
vier Volks-Versammlungen

beschäftigen, und zwar
im „Friedrichshof“, Schwartauer Allee,
im Konzerthaus „Flora“, Nebenhofstraße,
im „Kolloseum“, Kronsforder Allee,
im „Neu-Lauerhof“, Armiststraße.

Arbeiter, Parteigenossen, sorgt für einen Massenbesuch!

Gebt dem Künigler und den Oliguen, die in der Bürgerchaft ihre Interessen vertreten wollen, die aber die Wähler garnicht auf der Rechnung haben, die richtige Antwort!

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Medizinalamt im Monat Oktober in 299 Fällen gemeldet. Davon betrafen 208 Fälle (8 tödlich verlaufen) Masern, 52 (2 tödlich) Diphtherie, 36 Scharlach, 2 Typhus und 1 Wochenbettfieber.

Die diesjährigen Herbst-Kontrollversammlungen finden statt: In Lübeck, Restaurant „Vockenhof“. Am Donnerstag, dem 9. November 1911, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklassen 1904 und 1905. Zu den Spezialwaffen gehören: Jäger, Maschinengewehrtruppen, Kavallerie, Feldartillerie, Fuhrartillerie, Pioniere, Eisenbahn, Telegraphen, Luftschiffer- und Kraftfahrtruppen, Trainaufsichtspersonal, Trainingsgemeine, Trainoldaten, Pferdewärter, Militärbäcker, Krankenträger, Unterärzte, Sanitätsmannschaften, Krankenwärter, Geistliche, Unter- und Militär-apotheker, Unterdeterinäre, Fahnen- und Beschlagschmiede, Büchsenmachergehilfen, Waffenmeistergehilfen. Unterzahlmeister, Zahlmeisteraspiranten, Zeug- und Feuerwerkspersonal, Dekonomiehandwerker und Arbeitsoldaten. Am Donnerstag, dem 9. November 1911, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklassen 1906 und 1907.

Handelsregister. Am 4. November 1911 ist eingetragen 1. bei der Firma Alfred R. v. d. G., Lübeck: Der Sitz der Niederlassung ist nach Charlottenburg verlegt; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Ahrendt u. Co. in Schlußwort: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Filchräucherer F. J. Ahrendt in Schlußwort ist alleiniger Inhaber der Firma. Am 6. November 1911 ist eingetragen 1. die Firma: Hobermanns Konditorei und Teehaus mit beschränkter Haftung in Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Erwerb und Betrieb von Handels-, Industrie- und Gewerbeunternehmen. Stammkapital: 100 000 Mk. Geschäftsführer: W. S. Forjan in Lübeck. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. Oktober 1911, ein Nachtrag hierzu am 1. November 1911 festgestellt. Die Vertretung erfolgt durch den Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen gemeinschaftlich vertreten. Der Geschäftsführer, Kaufmann H. S. Hobermann in Dothenhuden bringt als Sacheinlage die unter seinem Namen betriebene Konditorei in Lübeck, Breite Straße 51, mit allem Inventar und sonstigen Werten in die Gesellschaft ein. Der Wert dieser Einlage ist auf 98 000 Mk. festgestellt. Die Bekanntmachungen erfolgen in den Lübeckischen Anzeigen; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma G. Hoffmeister u. Co. in Lübeck: Die persönlich haftende Geschäftspartnerin G. E. Hoffmeister ist jetzt die Ehefrau des Prokuristen R. G. U. Th. F. Rabe in Lübeck; 3. bei der

Firma E. Eber u. Wastage, Lübeck, Eber u. Wastage, Lübeck, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators G. S. W. Witte ist erloschen. Durch Beschluß der Gesellschafter vom 29. Oktober 1911 ist der Bankassistent W. J. A. Niemann in Altona a. G. zum Liquidator bestellt.

pb. Verschleppt. Am Mittwoch, dem 1. d. Mts., gegen 2 Uhr nachmittags, ist eine hinter der Kaffeebude beim alten Rollabfertigungsschuppen aufgestellt gewesene gelbgrüne Sportkarre, die von einer Frau zum Transport von Zeitungen benützt wurde, abhandengekommen und veruntücht von Kindern verschleppt worden. — Am 29. vor. Mts. ist am Konflinplatz eine Schiebkarre mit einem Balken aus Eichen- und einem Balken aus Buchenholz abhandengekommen und veruntücht von einem Unbefugten benützt und irgendwo hingestellt worden.

pb. Vertauscht. Am Freitag, dem 3. d. Mts., abends gegen 10 Uhr ist in einem hiesigen größeren Lokale ein dunkler Winterüberzieher mit braunen Streifen, Sammettragen und dunklen Futter mit weißen Streifen entweder absichtlich oder fahrlässig vertauscht worden. In einer Tasche des Überziehers steckte ein auf ein Guthaben von 35 Mk. lautendes Sparkassenbuch des hiesigen Vorfuß- und Sparvereins. Im Futter ist die Rückennabt geplagt.

pb. Gigantumvergehen. Von einem im Flughafen liegenden Etkahn wurde in verfloßener Nacht ein 17 Mtr. langes Anlegetau mit eisernem Haken gestohlen.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurde ein Klempnergehilfe von hier, der sich in mehreren Fällen des Betruges schuldig gemacht hat. — Festgenommen wurde ein Schweizer, der sich des Betruges schuldig gemacht hat.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag geht zur Feier von Schillers Geburtstag dessen Meisterwerk „Die Braut von Messina“ in Szene. In den Hauptrollen sind die Damen Raubien, Wittke, sowie die Herren Joh. Schürer, Brunow, Romack, Schweißguth, Heydecker beschäftigt. — Die Inszenierung des Werkes liegt in den Händen des Herrn Oberregisseurs Brunow. — Am Freitag erscheint in neuer Einstudierung Bodelmeus' romantische Oper „Die weiße Dame“ auf dem Spielplan.

Stockisdorf. Lebensmittleuerung und Reichstag, so lautete das Thema einer sehr gut besuchten Volksversammlung, die am Dienstag abend im Lokale des Herrn Baetau tagte. In eingehender Weise behandelte Genosse Stelling-Lübeck dieses Thema, auf die Ursachen und Folgen der Teuerung hinweisend. Die in Schwartau angenommene Resolution fand auch hier einstimmige Annahme. Der Vorsitzende, Genosse Nickel, schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Schwartau. Zwei Lichtbildvorträge fanden hier am Montag im Lokale Klein-Mühlen statt. Der Vortragssteller war Genosse Roth-Berlin, der das Thema: „Die Entziehung der Steinkohle und ihre Gewinnung im Bergwerk“ behandelte. Zu der Nachmittagsveranstaltung für Kinder waren die Kensefelder Lehrer mit ihren Schülern und Schülerinnen vollständig erschienen, die Schwartauer Lehrer hatten nicht mitgemacht, weil einer ihrer Kollegen dagegen war. Jedenfalls hat der betreffende Herr befürchtet, daß die Kinder zuviel lernen könnten. Die interessanter Darstellungen fanden sowohl nachmittags bei den Kindern als auch abends bei den zahlreich erschienenen Erwachsenen lebhaften Anklang.

Hamburg. Krankenkassenvertreterwahl. Glänzend abgeschlagen wurde bei den am Montag, dem 5. November, vollzogenen Vertreterwahlen zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse für kaufmännische Geschäfte in Hamburg der Angriff, den die koalitierten bürgerlichen Handlungsgehilfenvereine gegen die von ihnen grimmig gehäßte bisherige sozialdemokratische Mehrheit unternommen hatte. Die bürgerliche Liste erhielt 2416, die sozialdemokratische 6618 Stimmen. Von den Bürgerlichen war in der gemeinsten Weise gehetzt und kein Mittel der Agitation verschmäht worden. Und nun als Ergebnis doch dieser Reinfall.

Genossenschaftsbewegung.

Die „Volksfürsorge“ und die Versicherungszeitungen. Den Versicherungszeitungen, die bisher gegen die „Volksfürsorge“ Stellung genommen haben, gesellt sich jetzt auch der „Versicherungsfreund“ hinzu, ein Blatt, das in Berlin und Wien erscheint. In der Nr. 25 und 26 des genannten Organs veröffentlicht ein Herr Dr. Wehberg (Düsseldorf) einen Artikel „Die sozialdemokratische Volksfürsorge“, zu dem offenbar Herr Erzberger durch seine schon zur Genüge charakterisierten Schreibereien Veranlassung gegeben hat. Auch Herr Dr. Wehberg sucht dadurch Vorurteile gegen die „Volksfürsorge“ zu erwecken, daß er nach bekanntem Mute die geplante Organisation als „sozialdemokratische Gründung“ bezeichnet. Er ist zwar der Meinung, daß die Regierung ein solches Vorgehen der Sozialdemokratie nicht dulden dürfe, aber er gibt doch den Privatversicherungen den guten Rat, zeitigen vorzubauen, um die Volksversicherung auf eine möglichst gediegene Grundlage zu bringen. Wenn dies wirklich geschieht, so hat die „Volksfürsorge“ doch wenigstens ein gutes bewirkt. Im übrigen mag sich Herr Wehberg samt den Versicherungsunternehmen, deren Interessen er vertritt, gefast sein lassen, daß mit der Redensart von der „sozialdemokratischen Volksversicherung“ die „Volksfürsorge“ nicht aus der Welt geschafft werden wird. Es ist in jüngster Zeit ein Urteil von authentischer Stelle über das Statut der „Volksfürsorge“ abgegeben worden, das keine Zweifel Zweifel daran läßt, daß die zunächst in Aussicht genommene Form der freien Vereinigung wenig Aussicht auf Bewirklichung bietet. Die Kommission von Gewerkschaftern und Genossenschaftlern, die zur Vorberatung des Statuts eingesetzt ist, wird Mitte dieses Monats zu einer Sitzung zusammenzutreten, um die Frage zu entscheiden, was nun geschehen soll. Wie die „Konjunkturoffiziellen Rundschau“ mitteilt, wird nunmehr aller Voraussicht nach eine Form gewählt werden, durch die die „Volksfürsorge“ dem Aufsichtsamte für die Privatversicherung unterstellt wird. Wie bekannt war mit dieser Möglichkeit schon von vornherein gerechnet worden. Die Form der freien Vereinigung war auch nicht etwa deshalb gewählt worden, weil man sich der Aufsicht des Versicherungsamts entziehen wollte, sondern aus andern Gründen praktischer Art. Das Statut der „Volksfürsorge“ ist so beschaffen, daß sie die Aufsicht des Versicherungsamts durchaus nicht zu scheuen braucht. Gegen eine vom Aufsichtsamte für die Privatversicherung ständig kontrollierte Versicherungsanstalt wird man aber nicht gut den Vorwurf erheben können, sie werde für sozialdemokratische Parteizwecke dienstbar gemacht. Die Herren, die in der Versicherungspreffe diese Gedanken so ausgiebig behandelt haben, werden sich nunmehr nach neuen Argumenten umtun müssen. Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Hasenfelle,
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc.
Pferdehaare,
Mähnen, Kuhschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahmstr. 22a.

Zombola-Verlofung
Gesangsvereins Liedeslust.

folgende Nummern wurden als
Gewinne gezogen:

6	16	29	69	70	82
93	96	123	135	152	153
192	235	246	251	282	285
315	337	374	416	455	492
507	517	533	584	606	610
625	634	672	754	759	841
844	872	878	891	899	910
949	973	1002	1006	1025	1032
1085	1103	1110	1127	1134	1170
1225	1241	1244	1267	1320	1322
1329	1338	1426	1501	1525	1544
1549	1563	1615	1638	1645	1654
1658	1669	1680	1706	1723	1797
1903	1904	1910	1962	1968	1979

Die Gewinne können am Mitt-
woch, dem 8. und Donnerstag, dem
9. November, abends von 6-8 Uhr,
im Lokale „Friedrichshof“ abgeholt
werden, später bei Hinrichs, Sege-
bergstr. 11, part., von 6 Uhr abends.

Gewinne, welche bis zum 1. De-
zember 1911 nicht abgeholt werden,
verfallen der Vereinskasse.

Das Stiftungsfest findet am
Sonntag, d. 26. November 1911
im Lokale „Friedrichshof“ statt.

Großes Auspielen
von
fetten Gänjen, Karpfen
und Rauchfleisch
am **Donnerstag, 9. Nov.**
Anfang 10 Uhr morgens.
Hierzu ladet freundlichst ein
J. Benthien
Untertrave 35.



Fest im Sattel

von allen Hausfrauen als unentbehrlich gepriesen,
sitzen überall die feinsten Margarine-Marken

Rheinperle

-Margarine, das Beste vom Besten.

Solo

-Margarine, der altbewährte feine Butter-Ersatz.

Cocosa

feinste Pflanzen-Butter-Margarine.

In hunderttausenden Haushaltungen ständig
an Stelle von Naturbutter im Gebrauch.
Überall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten
Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen
G. m. b. H. Goch.

Rheinperle
Solo
Cocosa

statt
Butter
das bestel!

Achtung!

Steinsetzer u. Berufsge...

Versammlung
Donnerstag, 9. Novbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstrasse 50-52
Tagesordnung unter anderem:
Referat über Arbeitslosen-Versiche-
rung in Reich, Staat u. Gemeinde,
gehalten vom Gauletter Wieser
(Hamburg).
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Robert Mihrs Restaurant,

Moislinger Allee 57 a,
Ecke Bittenstraße.
Großes Auspielen
von **Gänjen, Karpfen und**
Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am **Sonntag, dem 12. Nov. 1911**
Anfang 11 Uhr. Einsch. 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein
Robert Mihrs.

Freie Jugend Lübeck.

Sonntag, den 12. November 1911
von nachmittags 4 1/2 Uhr ab:
Zusammenkunft
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Vortrag: Die Ursachen der franzö-
sischen Revolution.
Sente Mittwoch:
Unterhaltung = Abend.
Der Jugendausichub.



Deutsch. Gastsp.-Ensemble
d. Lyceumtheaters, London.
Letzte Aufführung:
„Der Kampf
um ein Grafenkind.“
oder: „Im wilden Westen.“
Dram. Roman aus 2 Welten in
4 Akten von Walter Melville.
1. Bild: Schloß Kerhill.
2. Bild: Salon d. Grandy Anna.
3. Bild: Vor der Farm Sims.
4. Bild: Der Liebestod der
Indianerin.
Vorverkauf bei Sager.
Vorzugskarten wochent. gültig.
Donnerstag zum 1. Male:
Das Teufelsweib.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste
Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter
München & Zeitchrift für Humor und Kunst
& Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.-

Abonnement bei allen Buchhandlungen und
Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe-
nummer vom Verlag, München, Theaterstr. 47

Kein Besucher der Stadt München
sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion,
Theaterstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Aus-
stellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter
zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Bungeideter Speise-Eisig ist anerkannt der beste.
Für echt und dem Geisest der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Achtung!
Sektions - Versammlung
der
Hausdiener u. Fenster-
putzer
Donnerstag, 9. Novbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Agitation.
2. Verschiedenes.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Neues Stadttheater.
Donnerstag, 9. Novemb. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 47. Donnerstag-Ab. 8.
Zur Feier d. Schillers Geburtstag.
Die Braut von Messina.
Tragödie von Schiller.
Freitag, 10. November. 7 1/2 Uhr.
Voll-Abonn. 48. Freitag-Abonn. 8.
Die weiße Dame.
Romant. Oper von Boieldieu.
Die nächste Aufführung von
Tantris der Narr
Drama von Ernst Hardt
findet Montag, 13. Novbr., statt.

Auf Kredit
erhält bei mir jedermann
Herrn-Garderoben
Damen-Garderoben
Manufaktur - Waren
Pelzkragen, Teppiche
Kinderwagen, Spiegel u. Bilder
kompl. Wohnungseinrichtungen
sowie einzelne Ergänzungsstücke.
Brautleute Vorzugs-Offerte.
Geringe Anzahlung. Kleine Abzahlung.

Siegfried Ittmann
Breite Straße 33, I.

Reell. Kulant. Gute Ware. Gr. Auswahl.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 7. November 1911.

200. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Deibrück.

Eingegangen ist das Marokkoabkommen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der

Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Japan.

Staatssekretär Dr. Deibrück: Der Bundesrat hat von der ihm reichsrechtlich gewährten Ermächtigung Gebrauch gemacht, den Handelsvertrag mit Japan vorläufig in Kraft zu setzen und dem Reichstag die endgültige Bestätigung vorzubehalten. Der Vertrag liegt nunmehr vor. Er bringt übrigens keine wesentliche Veränderung der Beziehungen zwischen Deutschland und Japan.

Dr. Pieper (Frp.) bedauert, daß wieder, wie bei allen Handelsverträgen, die Seidenindustrie die Leidtragende sei, verweist auf die schwierige Lage der Niederrheinischen Seidenindustrie mit ihren 80 000 Arbeitern und 230 Millionen Jahresumsatz und verlangt einen erhöhten Zoll für japanische Gewebe bei der Aufstellung des neuen Zolltarifs.

Dr. Stresemann (Nf.) tabelt die unklare Fassung der vorgelegten Druckfaden. Auch Japan ist von der hochschützollnerischen Strömung ergriffen worden, wodurch natürlich unsere Stellung sehr erschwert wurde. Die Konkurrenz der japanischen Seidenindustrie wird noch gefährlicher durch die große Differenz der Löhne und der Arbeitszeit. Einem Durchschnittslohn von 932 Mark in Deutschland steht ein solcher von 210 Mark in Japan gegenüber, wenn auch allerdings die Kaufkraft des japanischen Geldes höher ist. Die japanische Seidenindustrie verfügt über 4200 Arbeitsstunden im Jahre, die deutsche nur über 2880. Die Klagen über eine

zu weit gehende Sozialpolitik

sind also in den Tatsachen begründet. Wir sollten mit der Gewährung der Meistbegünstigung nicht mehr so freigebig sein, zumal unsere Exportindustrie dauernd wachsenden Schwierigkeiten begegnet. Wenn der Staatssekretär auf die von mir angeregten Fragen Auskunft gibt, könnten wir dem Vertrage ohne Kommissionsberatung zustimmen.

Raemf (Frp.): Nur die Japanner haben an dem vorliegenden Vertrag eine Freude, während unsere interesselosen Kreise nur Nachteile haben. Der Trost, daß der englische Handel dieselben Nachteile gegenüber Japan hat, ist sehr schwach. Bei Handelsverträgen sollten beide Teile sich Konzessionen machen. Die erhöhten Zölle machen der deutschen Industrie eine Konkurrenz in Japan fast unmöglich. Vor einer Unterschätzung der Meistbegünstigung ist inbald zu warnen; nur durch die Meistbegünstigung kann die Industrie mit festen Verhältnissen rechnen. Unsere Zollpolitik lähmt uns bei Handelsvertragsverhandlungen. Besserung kann nur ein

Abbau der Zölle

schaffen. (Bravo! bei der Volksp.)
Staatssekretär Dr. Deibrück bestreitet, daß unsere Zölle unsere Stokkraft bei Handelsvertragsverhandlungen schwächen, sonst müßte ja Großbritannien einen viel günstigeren Handelsvertrag mit Japan abgeschlossen haben. Auch an der Meistbegünstigung werden wir festhalten müssen.

Dr. Südekum (Sd.): Das Beste an dem vorliegenden Vertrag ist, daß er überhaupt zustande gekommen ist. Mit der Qualität der Verträge sind wir ja nicht vermöhnt, und auch bei diesem Vertrag ist unser Kontrahent, Japan, bedeutend besser weggekommen als wir. Immerhin gibt das große Zugeständnis, das wir in der Seidenindustrie gemacht haben, nicht Anlaß zu besonderen Befürchtungen.

Mut zur Hünde.

Roman von Max Kreyer.

(35. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

„Sie kennen das berühmte Cello da drin auch schon, wie?“ sprach Emmerich sorglos weiter.
Gerhard, zu gut erzogen, um Gäste schlecht zu behandeln, machte lächelnd einen Kopfnicken und fügte so im allgemeinen hinzu, daß es im Musiksalon zu voll sei und die Herrschaften auch in den anderen Räumen säßen. Und mit der Verstellungskunst aller geistig Rückfälligen ausgestattet, plapperte er plötzlich zu seinem Vater los: „Du weißt doch, nicht wahr, Papa — wie hoch ich die Kunst einschätze. Was? Und wie ich die Musik liebe, ganz besonders Gesang... guten Gesang. Hauptsächlich in der Oper.“ Entschuldigen mich die Herren, ich muß zu den Damen.“ Und er trank das Glas Soda aus, das ihm der Diener gereicht hatte, und nahm denselben Weg wieder zurück, ohne Emmerich noch einmal anzusehen.

Der schöne Dedo hatte einen dicken Kopf bekommen, und weil ihm die Worte gerade fehlten, so lachte er laut hinter ihm her, sodaß es beinahe unangenehm war.

„Er hat etwas gegen Sie, meinen Sie nicht auch?“ raunte ihm Dietrich zu. „Man hat überhaupt etwas gegen Sie, lieber Freund.“ Auch Günther ist nicht gut auf Sie zu sprechen. Weshalb, warum? Und dabei sind beide doch gentile Jungens.“

„Aber unähnlich wie Mond und Sonne.“
„Das allerdings.“
„So ganz verschieden wie Ihre Frau Gemahlin und Sie.“

Frobel junior sah, wie ihm Emmerich immer seinen lachenden Mund zeigte und wurde verwirrt. Auf dieses Thema kam er nicht zu sprechen, besonders, wenn er sich vergnügen wollte; auch waren die Herren aus dem Geschäft dabei, die ihm vorhin erst über die Dreifigkeit dieses Güntherlings vertrauliche Andeutungen gemacht hatten, was ihm gerade jetzt wieder in Erinnerung kam. Seiner Ansicht nach ging das zu weit, wirklich zu weit. Überhaupt hatte sich das schon genügend herumgesprochen, sodaß entschieden auch seine Söhne davon wissen mußten. Und so schien es ihm ganz erklärlich zu sein, wenn sie diesem Bevorzugten nicht mehr die nötige Achtung entgegenbrachten. Es war ihm fatal, außerordentlich fatal, und eine kleine Offenheit in dieser Beziehung konnte vielleicht nicht schaden. So nahm

Früher, im Jahre 1898, haben sogar Angehörige des Zentrums und der Nationalliberalen eine Herabsetzung des Zolles auf japanische Seide im Interesse unserer seidenverarbeitenden Industrie verlangt. Sehr zu bedauern ist, daß in dem Vertrage die Sojabohne nicht besser weggekommen ist, denn sie gehört zu den bedeutendsten Nahrungspflanzen und sollte dem deutschen Volke zugänglich gemacht werden. Leider hat das Reichsgesundheitsamt bei dieser Frage vollständig verlagert. (Sehr wahr! bei den Soziald.) Herr Stresemann meint, daß die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie gegenüber Japan leidet, weil wir einen stärkeren Arbeiterschutz und größere soziale Fürsorge haben und warnen vor deren Ausdehnung. Im Gegensatz dazu behauptete ich, daß unsere Konkurrenzfähigkeit durch die soziale Fürsorge gestärkt wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im Uebertaste ist die Handarbeit in Japan nicht billiger als hier und es ist für den Kapitalisten keineswegs vorteilhafter, in Japan den Arbeiter 14 Stunden zu beschäftigen, als in Deutschland 9 oder 10 Stunden, die Leistungsfähigkeit des japanischen Arbeiters ist bei weitem nicht so groß, wie die des westeuropäischen Arbeiters. Nur die soziale Fürsorge und der zufolge der gewerkschaftlichen Kämpfe erhöhte Arbeitslohn haben den Anreiz zu jenen technischen Verbesserungen geben können, die auf die Dauer die

Überlegenheit unserer Industrie

sichern. (Bravo! bei den Soz.)
Linz (Rp.): Die Fähigkeit und Bedürfnislosigkeit der gelben Rasse kann auch uns noch recht gefährlich werden, wie uns das Beispiel der Vereinigten Staaten zeigt. Die deutsche Seidenindustrie wird durch den Vertrag mehr geschädigt. Die Produktionskosten sind in Japan um mehr als 27 Prozent niedriger, als in Deutschland, und das macht die größere Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters wieder wett. Die Baumwolle, also gerade die Bekleidung des kleinen Mannes und, wie der „Vorwärts“ mit Recht hervorhebt, im Vergleich mit japanischer Luxusseide unverhältnismäßig hoch belastet. — Japan macht mit dem Vertrag ein ebenso gutes, wie wir ein schlechtes Geschäft. Wir müssen brechen mit dem ganzen Meistbegünstigungssystem. (Bravo! rechts.)

Dr. Werner-Giesels (Wgg.) erstreitet, daß die Schutzpolitik die Handelsbeziehungen erschwere und klagt über die schwächliche Marokko- und Ostmarkenpolitik.

Dr. Bötsche (K.) wendet sich gegen das Meistbegünstigungssystem und verlangt Verstärkung, nicht Schwächung unserer zollpolitischen Haltung. Der von den Freimünnigen geforderte Abbau der Zölle würde unsere handelspolitische Stellung nicht verbessern, sondern verschlechtern. (Beifall rechts.)

Deiser (Frp.): Der Vertrag ist für uns schlechter, als der bestehende Zustand. Man spricht immer von dem neuen Zolltarif, der 1913 kommen müsse, aber wo steht denn das. Auf Grund des bestehenden Zolltarifs können die Regierungen neue Handelsverträge abschließen oder die alten bestehen lassen. Der Reichsanwalt sollte sich einmal darüber aussprechen, wie er sich das Festhalten an unserer „bewährten Wirtschaftspolitik“ denkt. (Bravo! links.)

Damit schließt die Debatte.

Da eine Kommissionsberatung nicht beantragt ist, wird sofort in die zweite Lesung eingetreten und in dieser der Vertrag debattellos genehmigt.

Ebenso wird debattellos genehmigt eine Vereinbarung mit Japan über das Konsulatswesen.
Es folgt die erste evtl. zweite Beratung des Vertrages mit Großbritannien über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern zwischen Deutschland und gewissen britischen Protektoraten.

Dr. Junck (Nf.) fragt, warum man denn im Januar einen Vertrag mit Großbritannien über die Auslieferung zwischen deutschen Schutzgebieten und britischen Protektoraten geschlossen habe und jetzt in einem zweiten Vertrage die Auslieferung zwischen dem Deutschen Reich und den briti-

schen Protektoraten regelt. Der ganze Auslieferungsverkehr sollte durch Reichsgesetz geregelt werden.

Geheimrat Riege: Im Januar hat sich das Bedürfnis nach einer Regelung des Auslieferungsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und den britischen Protektoraten noch nicht herausgestellt.

Dove (Frp.) wünscht ebenso wie Dr. Junck ein Auslieferungsgesetz.

Heine (Sd.): Gegen den vorliegenden Vertrag ist nicht das geringste einzuwenden, da ja glücklicherweise der Vertrag mit England unser bester Auslieferungsvertrag ist. Wir haben stets gesetzliche Regelung des Auslieferungswesens verlangt und haben oftmals den

politischen Mißbrauch des Auslieferungsgesetzes

getadelt. Leider haben da immer die Nationalliberalen verlagert. Ich würde lieber bei dem gegenwärtigen Zustand, als daß ich mit diesem Reichstag und dieser Regierung ein neues Auslieferungsgesetz mache. (Sehr gut! b. d. Soz.) In diesem Falle bin ich mal konservativ (Heiterkeit) und bleibe lieber beim gegenwärtigen Zustand, als daß ich auf ein Auslieferungsgesetz unter Mitwirkung der Nationalliberalen baue. (Bravo! b. d. Soz.)

Der Vertrag wird hierauf genehmigt.

Ebenso debattellos die Vorlage über Regelung der Handelsbeziehungen zum britischen Reich.

Sodann wird die Vertagung beschlossen.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: 1. Interpellation Albrecht (Soz.) über Beeinträchtigung des Koalitionsrechts der Reichsbahn. 2. Marokkoabkommen und Interpellationen darüber.

Geschäftsordnungsdebatte.

Basiermann (Nf.) bittet, die Debatte über die auswärtige Politik morgen stattfinden zu lassen. Es liege kein Grund zur Abweichung von den Vereinbarungen des Senatorenkonvents vor, zumal auch in der französischen Kammer die Verhandlungen an demselben Tag stattfinden sollen und die Grundzüge des Abkommens bereits seit Tagen bekannt sind.

Präsident Graf Schwerin-Löwicz: Geschäftsordnungsmäßige Schwierigkeiten gegen den Antrag Basiermann bestehen nicht. Aber nach den Mitteilungen verschiedener Parteiführer hatte ich Grund, anzunehmen, daß eine Einigkeit in dieser Frage eher erzielt würde, wenn ich die Beratung für übermorgen vorschläge.

Gröber (Z) tritt für den Vorschlag des Präsidenten ein. Es empfiehlt sich, einen Tag auszusetzen, damit sämtliche Fraktionen die heute noch nicht in unserem Besitz befindliche Vorlage beraten können, zumal der Vorlage ein sehr dürftiges Material beigegeben ist, weder Begründung noch Karten. (Zuruf: Schlimm genug.) Der Reichstag wird zu prüfen haben, ob nicht nach dem geltenden Recht eine über die Kenntnisnahme herausgehende Behandlung einzutreten hat. Wir brauchen geräumige Zeit für eine so wichtige Weltvorlage. Unsere politische Verantwortlichkeit ist eine ungeheuer große, auch wenn wir eine juristische Verantwortlichkeit nicht haben. (Lebh. Zustimmung.)

Dr. Wiemer (Frp.) erklärt sich gleichfalls für die Verschiebung auf Donnerstag, um eine gründliche Prüfung des amtlichen Materials vorzunehmen. (Zustimmung.)

Basiermann (Nf.): Ich dachte, daß gerade wegen der Dürftigkeit der Vorlage kein längeres Studium nötig sei. (Heiterkeit.) Aber nach den erfreulichen Worten des Abg. Gröber, wonach die Genehmigungsfrage zu prüfen ist, ziehe ich gern meinen Widerspruch zurück. (Lebh. Heiterkeit und Zustimmung.)

Bebel (Sd.): Nach Ansicht der Regierung sollen mit die Vorlage nur zur Kenntnis nehmen. In die baldige Verhandlung der Sache hatte ich unter der Voraussetzung eingewilligt, das wir

wirkliches Material

„Das war einmal recht nett von Ihnen,“ sagte der schöne Dedo und drückte ihren Arm mehr als nötig war. „Es ist schon besser, wenn wir uns immer so verstehen. Was hat er mich damit anzuempeln. Immer friedlich, immer friedlich.“

Und ehe sie ihre Einwendungen machen konnte, hatte er sie bereits um die Taille gefaßt und walzte mit ihr los, fast noch so elegant wie vor Jahren im Hause ihrer Mutter. Zwar war sie schwerfälliger geworden und nicht mehr so leicht zu drehen wie früher, aber seine Glottheit riß sie mit sich fort, und wie im Zaumel ließ sie es geschehen; zwar leuchtete sie innerlich vor Wut, kam sie sich selbst entwürdigt vor, gerade in seinen Armen zu hängen — aber ihre Entschuldigungen in Gedanken war immer dieselbe: Was soll ich machen, er ist hier Gast; und niemand weiß von unserem Geheimnis.

Nein, niemand mußte davon. Am Saaleingang aber stand Günther neben Gertrud, mit der er soeben die Paare vermehren wollte, und sah verstimmt diesem Schauspiel zu. Seit Jahren hatte er keine Mutter nicht tanzen sehen, nun tat sie es mit diesem dort, dessen Anblick ihm Abseits bereitzete, er wußte kaum, aus welchen tieferen Gründen. Nur das eine hatte er in letzter Zeit immer wieder empfunden: daß etwas Unreines von ihm ausging, etwas seine Mutter Befängligendes und Erschreckendes, wie von einem durchtriebenen Verfolger. Und nun tanzte sie mit ihm!

Gertrud lachte dazu und freute sich, wie hübsch sich die beiden bewegten. Ganz besonders lobte sie Emmerichs leichte Weise, sich zu drehen, ohne kaum die Füße zu heben. Als Günther jedoch heimlich dagegen zu toben begann, verstand sie ihn nicht. Wie sollte sie auch, denn es wäre zu unständlich gewesen, ihr alles das zu sagen, was in ihm vorging. Etwas wie Eifersucht wühlte in ihm; die heiße Regung eines Sohnes, der nicht will, daß ein Unwürdiger in nahe Berührung mit seiner Mutter komme. Und als Ernestine, durch seinen Anblick erschreckt, den Tanz abbrach und sich von Emmerich hinwegführen ließ, trat Günther auf sie zu und machte ihr heftige Vorwürfe. „Mama, wie kannst du nur mit dem tanzen, ich verstehe dich nicht. Gerade mit ihm, bedenke doch.“

Frau Frobel sah seine Blässe und dazu die zuckenden Lippen und versuchte, diesen Bornesausbruch zu dämpfen. „Ja, was ist dir denn, was hast du denn?“ fragte sie ängstlich. „Ich kann ihn doch nicht beleidigen, er ist doch Gast.“

(Fortsetzung folgt.)

er denn Emmerich beiseite und machte ihm wohlmeinend seine Vorhaltung.

Emmerich stellte sich dumm. „Dame, Dame? Was für eine Dame?“ Dann tat er so, als ginge ihm ein Licht auf. „Ach so, Sie meinen Ihre Frau Gemahlin... Ja, die war allerdings bei mir unten.“

Dietrich suchte sich seine Gedanken zusammen. „Aber die hat doch nicht mit Ihnen Wortweil getrunken.“
Der schöne Dedo hob die Schulter. „Ich weiß nicht, was Sie meinen.“

„Aber, mein Bester, es ist mir doch bestimmt versichert worden“, trompetete Frobel weiter. „Das geht doch nicht, das geht doch nicht...“

Emmerich spielte den Gereizten. „Am besten, wir fragen Ihre Gattin darüber.“

Und da die Musik gerade zu Ende war und der Diener die Türen öffnete, so begaben sie sich wieder in die Nebenräume und liefen Ernestine fast in die Arme.

„Aber komme mir doch jetzt nicht mit so was,“ raunte sie ihrem Manne zu und wollte die Sache damit für erledigt halten. Emmerich jedoch, der die Ohren zu ihnen spitzte, trat rasch auf sie zu und sagte im Tone der Entrüstung: „Was sagen Sie dazu? Sie waren doch Zeugin, Verehrte, wen ich empfinde. Wollen Sie Ihrem Gatten einmal die nötige Aufklärung geben? Was sind das überhaupt für Klatschereien? Man verleidet mir geradezu meine Stellung. Kennt ihr den Reid, Freunde, den grünen Reid?“

Ernestine sah seinen warnenden Blick und schlug die Augen nieder; und um die Sache kurz zu machen, gab sie ihrem Mann dieselbe Aufklärung, die Emmerich ihr über seine Schülerin gegeben hatte.

Sie war rot unter dieser Lüge geworden, aber in diesem Augenblick war ihr Emmerich weniger unangenehm als ihr Mann, der die Gemütslichkeit durch solche Dinge stören konnte.

„Dann ist ja alles gut, was wollen denn die Menschen eigentlich?“ sagte Dietrich sorglos, als wäre gar nichts passiert. Und er bat ihn um Entschuldigung und versprach dafür zu sorgen, daß derartige Redereien nicht mehr entstehen sollten. Unstreitig fühlte er sich in diesem Augenblick wieder als Chef, dessen entscheidendem Machtwort man gehorchen müsse.

„Das hättest du eigentlich früher bedenken sollen,“ sagte Ernestine kalt. Da sie sich aber vor Emmerich schämte, so unterlag sie abermals einer Schwäche und nahm seinen Arm an, um sich von ihm in den Saal führen zu lassen, wo sich die Jugend gerade beim ersten Walzer gefunden hatte.

Kommen. (Sehr richtig!) Ich bin sehr überrascht über das was uns geboten bzw. nicht geboten wird. (Sehr richtig!) Der deutsche Reichstag wird benachteiligt gegenüber der französischen Kammer, deren Zustimmung zu dem Verträge eingeholt werden muß. Und nun sollen wir noch ohne Begründung, sogar ohne Karten beraten. (Hört, hört!) Der Abgang des Herrn v. Lindquist beweist, daß in der Regierung selbst Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Der französischen Kammer würde man nicht ein solches Aktienstück anbieten oder aber sie würde es zurückweisen. (Sehr richtig!) Ich bin deshalb für die Verschiebung auf Donnerstag, damit sich die Fraktionen darüber verständigen, ob wir überhaupt in eine Verhandlung des Marokko-Abkommens eintreten, ehe wir das ganze Material haben. (Weitere Zustimmung.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz konstatiert, daß es also bei seinem Vorschlag bleibt.
Schluß 6¼ Uhr.

Aus der Partei.

Die Sozialdemokratische Partei der Provinz Hannover hielt am Sonntag, dem 5. und Montag, dem 6. November im Gewerkschaftshaus in Hannover ihre Provinzialversammlung ab. Die zur Landesorganisation gehörenden 12 Wahlkreise der Provinz waren durch 68 Delegierte (darunter Frauen) vertreten; vom Parteivorstand wohnte Genosse Otto Braun (Berlin) den Verhandlungen bei. Aus dem eine zweijährige Periode umfassenden Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Während der Berichtsjahre hat wiederum eine bedeutende Ausbreitung der Organisation stattgefunden. Die Zahl der Ortsvereine hat sich von 86 auf 146 vermehrt. Außerdem wohnen in einer großen Anzahl von Orten organisierte Parteigenossen, die noch nicht in Ortsvereinen zusammengeschlossen sind. Die Mitgliederzahl ist von 21.646 männlichen und 8123 weiblichen Mitgliedern am 1. Juli 1909 auf 25.508 männliche und 4754 weibliche Mitglieder am 30. Juni 1911 gestiegen. Die Gesamtsteigerung betrug also 5493 Mitglieder, das sind 22 Prozent. Damit kann die Partei zufrieden sein. Auch die Beitragsleistung ist besser geworden. Insgesamt wurden in der Berichtsperiode in den 12 angeschlossen Kreisen 210.282 Mk. eingenommen und 183.624 Mk. ausgegeben. Hieran erhielt der Parteivorstand 51.764 Mk. und der Provinzialvorstand 28.155 Mk. Entsprechend diesen Zahlen war die agitatorische Tätigkeit sehr reger. Es wurden in der Berichtszeit im ganzen 811.000 Kaler und 1.889.060 Flugblätter und Broschüren verbreitet. Das Versammlungsleben war ebenfalls außerordentlich lebhaft; es wurden im ganzen 2288 Versammlungen (darunter 713 öffentliche) veranstaltet. Die Jugendbewegung machte erfreuliche Fortschritte. Im ganzen bestehen in 16 Orten Jugendauschüsse und die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ beträgt 3026, davon 2258 in Hannover. Die Beteiligung der Partei an den Gemeindevahlen ist außerordentlich erschwert durch die vorläufigliche hannoversche Städteordnung. In drei Städten verfügen wir über vier Bürgervertreter. In den Landgemeinden hatten wir etwas bessere Erfolge. Im Jahre 1911 wurden in 37 Gemeinden 89 Gemeindevorstandmitglieder gewählt. Der „Volkswille“, das Organ der hannoverschen Genossen, zählte am 31. März 1911 89.491 Abonnenten; 12.640 entfallen davon auf die Provinzorte. Durch eine energische Agitation ist die Abonnentenzahl auf 35.300 gesteigert worden. Im weiteren Verlauf der Tagung hielt Genosse Breg einen Vortrag über die bevorstehenden Reichstagswahlen und über die politischen Verhältnisse in der Provinz Hannover. Er geißelte das Bündnis der Nationalliberalen mit der ganz bedeutungslosen Fortschrittspartei, das sich angeblich gegen die Reaktion, in Wirklichkeit aber gegen die Sozialdemokratie richte. Der Referent hofft, daß das Stimmverhältnis der Sozialdemokratie bei der bevorstehenden Wahl sich gegenüber dem Jahre 1907 verdoppeln und verdreifachen möge. Die Partei könne mit größter Zuversicht dem Wahlkampf entgegensehen. — Die übrigen Verhandlungen waren formaler Natur. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt.

Die heftigsten Landtagswahlen. Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Delfens beschloß gestern, bei den am 17. November stattfindenden Stichwahlen, die Fortschrittler nur dann zu unterstützen, wenn die Unterstützung auf Gegenseitigkeit beruhe; andernfalls würde die Sozialdemokratie Gewehr bei Fuß stehen. Die Fortschrittler gaben die Wahlparole aus: Bei Stichwahlen, in denen Nationalliberalen mit Antisemiten und Bauernbund kämpfen, die Nationalliberalen zu unterstützen, die Sozialdemokratie im Kampfe gegen Antisemiten und Bauernbund gleichfalls zu unterstützen, aber bei Stichwahlen zwischen Sozialdemokratie und Liberalen die Abstimmung freizugeben. — Nach einer Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ sind bei den Hauptwahlen im heftigen Landtage für die einzelnen Parteien folgende Stimmen gezählt worden: Sozialdemokratie 54.300, Fortschrittliche Volkspartei 30.700, Nationalliberale 25.400, Zentrum 24.200, Bauernbund 23.900. Diese Zahlen zeigen, daß die große Mehrheit des Volkes gegen das elende Buralwahlrecht ist.

Soziales.

Der Fabrikinspektor kommt. Wenn es auch eine bekannte Tatsache ist, daß die preussischen Gewerbeinspektionen bei weitem nicht ausreichen, um eine im Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen notwendige Aufsicht der einzelnen Betriebe vorzunehmen, und wenn auch weiter besteht, daß in vielen Fällen die Gewerbeinspektoren vor der Besichtigung der Betriebe sich bei dem Unternehmer anmelden, so ist folgender Vorgang doch von besonderem Interesse: Im Oktober hatte die Gewerbeinspektion in Guben dem Betrieb der Firma Körner (A. G.), Fabrik für Bierdruckapparate in Grotzen a. Oder einen Besuch abgestattet. Der Profurist der Firma erfuhr sofort von dem einzelnen Meistern des Betriebes, um ihnen von dem letzten Besuch Mitteilung zu

machen. Im Neubaubetrieb wurden die Schmelzmaschinen sofort außer Betrieb gesetzt und der Arbeiter mußte, nachdem er die Maschine fein säuberlich geputzt hatte, den Arbeitsraum verlassen. Es wurde so der Gewerbeinspektor getäuscht, indem der Anschein erweckt wurde, als ob diese Maschine überhaupt nicht in Betrieb wäre. Böse Zungen behaupten, die Maschine sei außer Betrieb gesetzt worden, weil an ihr Schutzvorrichtungen nicht vorhanden seien. Nachdem der Raum, in welchem die Schmelzmaschine stand, besichtigt war, konnte der Arbeiter die Arbeit an der außer Betrieb gesetzten Maschine wieder aufnehmen. Bei seinem Rundgang besichtigte der Herr Gewerbeinspektor auch das Kesselhaus. Im Gespräch mit dem Kesselwärter erzählte dieser, daß er außer dem Kesselheizen auch noch das Abbrennen des Metallgusses zu besorgen habe. Auf die Frage, ob er dieses Abbrennen in einem besonderen Räume vornehme, antwortete der Heizer wahrheitsgemäß, daß das Abbrennen im Kesselhaus erfolge und daß er diese Arbeit schon 15 Jahre in diesem Räume verrichte. Nachmittags um 3 Uhr erhielt der Kesselwärter, der — nebenbei bemerkt — zirka 80 Jahre bei der Firma Körner beschäftigt war, seine Entlassung. Der Betriebsleiter Bräuer gab dem Kesselwärter zu verstehen, daß er nicht nötig gehabt habe, dem Gewerbeinspektor zu erzählen, wie lange er schon das Abbrennen besorge. Der Mann ist also entlassen worden, weil er dem Aufsichtsbeamten wahrheitsgemäße Auskunft gegeben hat. Wenn die Betriebsleitung schon den Aufsichtsbeamten täuscht, dann sollte sie nicht noch verlangen, daß Arbeiter den Aufsichtsbeamten besichtigt. Die Firma Körner, ganz besonders die Betriebsleitung in Krossen, legt sich für die nationalen Arbeitervereine ganz gewaltig ins Zeug. Für das Werk in Krossen ist vor einigen Jahren eine solcher nationaler Arbeiterverein gegründet worden. Jede Regierung der Arbeiter, sich zu organisieren, wie es ihnen beliebt, wird mit allen Mitteln unterdrückt. Eine Firma, die 10 Proz. Dividende verteilt, könnte wirklich die gesetzlichen Schutzbestimmungen erfüllen. Die Arbeiter der Firma Körner müßten hieraus den Schluß ziehen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, denn nur dann wird es möglich sein, solche Übergriffe mit der nötigen Entschiedenheit zurückzuweisen zu können.

Gegen die Teuerung protestierten über tausend Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter des Eisenbahndirektionsbezirks Kassel. — Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der eine allgemeine Lohnherabsetzung für alle Arbeiter und Handwerker in den Eisenbahnstaatsbetrieben gefordert wird. Ferner bemängelte die Versammlung die überhaltete Art der Kartoffelbezüge durch den Staatseisenbahnvereinsverband, wodurch schlechte Kartoffeln teuer bezahlt worden seien.

Gewerkschaftsbewegung.

Neue Kampfpraktiken der Tabakindustriellen. Die Unternehmer planen weitere Maßnahmen. Jedenfalls auf Anraten des Tabakfabrikantenverbandes versuchen die einzelnen Unternehmer jetzt mit den Arbeitern, besonders mit den Sortierern, langfristige Kündigungen zu vereinbaren, um das Weihnachtsgeschäft noch erledigen zu können. Die Arbeiterorganisationen fordern daher alle Tabakarbeiter, Zigarrensortierer und Kistenbinder auf, besondere Kündigungsfristen mit den Unternehmern jetzt nicht zu vereinbaren und so die Maßnahmen der Unternehmer zu durchkreuzen.

Das Markthelfer-, Fahr- und Lagerpersonal in den Leipziger Buchbindereien ist in eine Lohnbewegung eingetreten. Gefordert wird der Abschluß eines Tarifvertrages, in dem ein Mindestlohn von 25 Mk. für alle über 18 Jahre alten Arbeiter vorgesehen ist. Die Arbeitszeit soll 9½ Stunden betragen und die Überarbeitszeit bezahlt werden. Weiter werden noch gefordert Ferien, sanitäre Einrichtungen usw.

Aus dem Gerichtssaal.

Für den Reichsverband. Die Königsberger Strafkammer verhandelte in der Angelegenheit des gegen die Stettiner Filiale der Norddeutschen Kreditanstalt Ende Juli verübten Betruges, durch den der Kaufmann Felix Kahan, der Bankbeamte Kurt Horstmann und der Buchhalter Martin Boderke aus Königsberg mittels einer gefälschten Zahlungsanweisung 28.000 Mark erschwindelt haben. Das Urteil lautete gegen Kahan und Horstmann auf je 1¼ Jahre, gegen Boderke, der außerdem als Angestellter einer hiesigen Firma vorher schon 1500 Mark unterschlagen hatte, auf zwei Jahre zwei Monate Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft.

Der Oldenburger Landtag.

Am Dienstag, dem 7. November, wurde der Landtag namens der Regierung durch den Regierungsrat Tenge für eröffnet erklärt. Als Alterspräsident übernahm dann Abg. Penn aus dem Fürstentum Birkenfeld den Vorsitz, der die nach dem neuen Wahlgesetz gewählten Abgeordneten begrüßte und die Hoffnung aussprach, daß auch bei dieser Tagung die Abgeordneten friedlich wie früher die Arbeiten des Landtages erledigen mögen und schloß seine Worte mit dem Ausspruch „das walte Gott“. — Die Anrufung des lieben Gottes für ein friedliches Verhandeln dürfte hier neu sein, hört sich zudem aus dem Munde eines Bauernbündlers um so komischer an, wenn man das Verhalten der Bündler bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage im letzten Landtag bedenkt. — Die Prüfungen der Wahlergebnisse gingen ziemlich schnell von statten, lagen doch Proteste gegen die Gültigkeit der Wahl nur für den Wahlkreis Oldenburg-Nord (Landbezirk) vor. Es waren dort in einer Gemeinde Personen in die Wählerliste eingetragen, die nicht wahlberechtigt waren;

gegen die Gültigkeit der Wählerliste war Einspruch jedoch nicht erhoben, und selbst wenn man die von diesen abgegebenen Stimmen von der Mehrheit abzieht, bleibt für die gewählten Abgeordneten die Majorität gewahrt. Aus dem Fürstentum Lüneburg waren Wahlprotokolle nicht eingegangen, das Wahlverhältnis aus bürgerlichen Kreisen über eingelegte Proteste war also eitel Flunkerei. Alle Mandate wurden für gültig erklärt. Gegen 1 Uhr vertagte sich der Landtag auf 5 Uhr nachmittags. Minister Ruhlstrat I verlas beim Wiederzusammentritt die Thronrede, in welcher die erkrankenen Abgeordneten begrüßt werden. Die zugegangenen Vorlagen erreichen nicht die Wichtigkeit der vorhergehenden Landtage. Der Regierung erscheint eine zeitweise Einschränkung in der Einbringung von Gesetzen erwünscht, nach der umfangreichen Arbeit früherer Tagungen, trotzdem liegen dem Landtag eine Reihe wichtiger Vorlagen vor, bzw. werden noch eingehen, u. a. ein Gesetzentwurf betreffend Wegeordnung für das Fürstentum Lüneburg, ein Gesetz für Birkenfeld über die Anstellung von Schulärzten, ein Gesetz über Ausführungsbestimmungen zum Reichsversicherungsrecht und ein Gesetz wegen Übertragung staatlicher Hebungungen auf die Gemeinden, ferner Neuordnung des Beitragsverhältnisses für die drei Landesteile zu den Gesamtkosten des Großherzogtums. Die ungenügenden und zum Teil ganz unwürdigen, gesundheitschädlichen Räume des Ministeriums und des Landtages machen einen Neubau erforderlich, der sich auch aus Gründen der Vereinfachung der Verwaltung empfiehlt, da die zerstreuten Behörden hier vereinigt werden sollen. Der Bau eines zweiten Lehrerseminars für die evangelischen Schule ist ein Bedürfnis und liegt eine vorbereitende Vorlage vor. In dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß der Landtag im Einvernehmen mit der Staatsregierung das Wohl des Landes fördert und die Vorlagen zur Erledigung bringt, wird der Landtag als eröffnet erklärt. — Darauf wird die Beredigung der Abgeordneten vorgenommen.

Die Konstituierung ergab die Wiederwahl des Abgeordn. Otonomierat Schröder zum Präsidenten, des Abg. Tangen-Stollham zum Vizepräsidenten. Dann wurde noch die Besetzung der Ausschüsse vorgenommen und im Sinne der Anträge des „Blaues der Linken“ erledigt; auseinander ging dieser Block jedoch bei der Frage über die Bildung der Zahl der Ausschüsse, wobei die Sozialdemokratie gegen die Vermehrung der Ausschüsse stimmte und damit die Zahl auf drei festsetzte. Gegen acht Uhr abends wurde die Sitzung geschlossen.

Aus Nah und Fern.

Eingestürztes Haus. Wie der „Rufwache Boten“ aus Hohenalza meldet, ist ein Haus in der Orlomerstraße, 150 Meter von der neuen katholischen Marienkirche entfernt, deren Nordportal am Freitag, den 3. November 1908 in die Tiefe sank, zur Hälfte eingestürzt. Die Trümmer versanken in die Erde und rissen sämtliches Mobiliar mit sich. Die Bewohner des Grundstückes sind gerettet. Die Einstürze dauern fort. Die Unfallstelle ist von Polizei, Militär und Feuerwehr abgesperrt.

Mäßregelung eines Reserveoffiziers. Der Düsseldorf-Rechtsanwalt Dr. Bachmann ist, wie ein Berliner Mittagsblatt meldet, durch Urteil des Ehrenrats aus der Liste der Reserveoffiziere gestrichen worden, weil er während der jüngsten Reichstagsersitzungen einer Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei präsiidierte, in der die Parole für den Sozialdemokraten zu stimmen ausgegeben wurde.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich am Dienstag auf dem Nordbahnhof in Stuttgart ereignet. Dort stieß ein Rangierzug auf eine Lokomotive. Dabei wurde der Lokomotivführer in den zertrümmerten Teil seiner Maschine so eingeklemmt, daß er sich nicht befreien konnte. Er erlitt durch den ausströmenden Dampf so furchtbare Verbürungen, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. Der Feiler wollte vor dem Zusammenstoß abpringen, geriet aber unter die Lokomotive, wobei ihm beide Beine und ein Arm abgefahren wurden. Bei dem Zusammenstoß hatte der Feiler der allein fahrenden Lokomotive Gegendampf gegeben. Hierdurch fuhr die Maschine mit voller Kraft gegen den Weillbock, überfuhr diesen und zertrümmerte das hinter ihm liegende Bahnwärterhäuschen.

In den Flammen umgekommen. Aus Wirkfeld (Rheinprovinz) wird berichtet: In dem benachbarten Dorfe Krinkel sind in der vergangenen Nacht drei Wohnhäuser abgebrannt. Zwei Häuser waren von je einem alten Junggesellen bewohnt, von denen der eine im Bette verbrannte und der andere gleichfalls in den Flammen umkam, als er ein Kind aus dem brennenden Stall retten wollte.

Schwere Gaseplosion. In der Nacht auf Dienstag hat sich in dem Hause des Fabrikanten Wilhelm Ziegler in Schwäbisch-Gmünd eine schwere Gaseplosion ereignet, bei der die drei ältesten Söhne im Alter von neun, zehn bis dreizehn Jahren zum Opfer gefallen sind. Der Vater hat schwere und ein 14-jähriger Sohn leichtere Brandwunden erlitten. Eine Tochter hat sich durch das Fenster gerettet. Im unteren Stockwerk des Hauses und in den Nachbargärten wurden die Fenster Scheiben zertrümmert.

Briefkasten.

Secereh. Die Versammlung findet am kommenden Sonntagabend statt. Thema: Die Lebensmittelteuerung und die Reichstagswahlen.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Arbeiter-Jugend“, Nr. 22.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck

Komitee- und
Kommissionssitzungen

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

Komitee-Sitzung
am Donnerstag, dem 9. November
bei J. Reemer, 2 Bahnhofsstraße 22.

Zu sofort oder später
Kostlos zu vermieten
Zwei-Zimmer-Wohnungen
zu vermieten. Näheres
Kostlosstraße 28, pt.

Die Verlobung ihrer Tochter
Margarete mit dem Herrn Henry
Dietz beehren sich anzuzeigen

Friedr. Holst u. Frau.

Fleischhauerstr. 8.

Lübeck, d. 8. November 1911.

Für die vielen Gratulationen und
Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit
sagen wir unsern besten Dank.
H. Böttcher und Frau.

Margarete Holst
Henry Dietz

Verlobte.

Lübeck, November 1911.

Zu Hause:
Sonntag, d. 12. November 1911.

Für die anlässlich unserer silbernen
Hochzeit erwiesene Aufmerksamkeit
danken herzlich. — Lübeck, 7. Nov.
F. Fick und Frau, geb. Red.

Zu verkaufen kleines Grundstück
in der Reiferstraße, enth. 2 Wohn-
ungen. Näh. Gendeschstr. 14, pt.
Sehr gut erhaltener eisener Ofen
und Brennholz zu verkaufen
Arnimstraße 4c.

Wünsche tagsüber ein Kind an-
zunehmen, das laufen kann
Ludmialstraße 68. L. L.

Gemüsetonjerven

in allen Sorten und Packungen
eingetroffen.

Ich empfehle dieselben.
Joh. Böttcher
Reiferstraße 43.

Junge Mädchen
können das Weichhaken gründlich
erlernen. Drollingsstraße 80, pt.

Großes Auspielen
von fetten Gänzen, Karpfen
und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard

m o r g e n

Donnerstag, den 9. November.
Anfang 10 Uhr vormittags.
Hierzu ladet freundlichst ein

J. Roks, i. B.: Gustav Kähler.
Sandenburger Allee 57.

Die Mutter des Auditoriums wuchs, auf dem Hüde erschien die Mutter Schaf. Fleue und interessante Einzelheiten. der Redeortfälle wird beispielsweise nicht aus der Kuchmilch, sondern aus der Schafmilch gemacht. Und endlich hier erreichte die Neugierde der Kinder ihren Gipfelpunkt, es zeigte sich auf dem Hüde ein ganz kleines Sämmchen, Fräulein, mit einem und so drohend und lieb, daß es auf den Gesichtern der Kinder ein Lächeln hervorrief.

In der Klasse war es mausehentlich. Die Lehrerin legte die Kreide zur Seite und wendete sich an die Kinder. Ihr ausdrucksloses Gesicht wurde ernst, streng und die Stimme klang scharf und unerbittlich. Die Unbegreiflichkeit ergötzte die Ruhe. Die Worte fielen wie Steine auf den Boden eines Abgrundes.

Ihr wißt wohl, wie schrecklich, Kinder, daß zum Leben das Essen gehört, und daß das Nieseln eine ausgezeichnete Maßnahme ist. Ihr esst doch gern Kartoffeln, ein Gericht mit Kartoffeln. . . Weil die Kartoffel eisig ist, daß die Menschen Tiere aufessen, so sind wir gezwungen, das Sämmchen zu töten. Es wurde doppelt still, die Kinder schienen zu atmen aufgehört zu haben. Die Lehrerin wendete sich wieder zur Tafel und begann zu zeichnen.

Wir erschlagen das kleine Sämmchen, müssen also vorbereitungen machen: da ist eine Säule, ein Sack und ein Messer. . . Weil die Kartoffel eisig ist, daß die Menschen Tiere aufessen, so sind wir gezwungen, das Sämmchen zu töten. Es wurde doppelt still, die Kinder schienen zu atmen aufgehört zu haben. Die Lehrerin wendete sich wieder zur Tafel und begann zu zeichnen.

In diesem Augenblick trat in das Zimmer das Dienstmädchen mit der Pfanne, daß die Frau Vorlesende und der Herr Inspektor schon im Kabinett seien. Die Frau Vorlesende läßt Fräulein Bord erluchen, Sir Vulton Gesellschaft zu leisten.

Die Lehrerin legte die Kreide beiseite und entfernte sich sofort mit Sir Vulton. Die Klasse blieb ohne Aufsicht. . . Den Augen des in die Klasse eintretenden Sir Vulton, des Inspektors und der Vorlesenden zeigte sich folgender Anblick: das Fräulein des Fräuleins Bord — der Sitz der Klasse — umgestürzt und vor der Tafel erhob sich — ein Barrabade! Hände und Füße sind aufeinandergeklümmert — rechts, links das Kindervolk in Vertiefungsposition.

Die Kinder der Vorstadt.

Erzählung von Leon Grapie. Sir Karl Vulton, die Autorität der englischen Universtität, macht Untersuchungen über die verschiedenen Volkselemente auf Grund der Beobachtungen der Schulkinder. Er wendet sich gewöhnlich an den Lehrer oder die Lehrerin der betreffenden Schule mit der Bitte, den Kindern in seiner Anwesenheit irgend eine interessante Geschichte zu erzählen.

Das verschiedene Reagieren der Kinder auf die identische Erzählung muß die eigentümlichen Charakterzüge jeder Nationalität offenbaren. Nachdem Sir Karl mit seinen Untersuchungen im Kapland, in Chicago, Melbourne, Tokio fertig wurde, kam er Ende Juni in Paris an. Die Ergebnisse seiner Untersuchungen waren ziemlich nebelhaft: das Kinderpublikum der beiden Erzhäupten verhielt gegen Sir Vultons Erzählungen gleichgültig. Kann aber was man ihn auf unsere Schule in dem Bezirk Montmartre hin.

Der angelegentliche Besuch Sir Karl Vultons rief in der Schule ein wahres Fieber hervor. Man büffelte die Schuhe, man wuschte sich die Hände ab, alles mit gleichem Eifer.

Am Morgen hielt die Vorlesende an die auf dem Spielplatz verammelten Kinder eine Rede. Der Herr, der uns besucht, bereist die ganze Welt, um sich die Schulen anzusehen. Er sah kleine Deutsche, Italiener, Engländer, Chinesen. Und wisst ihr, zu welchem Zweck dieser Herr so herumreist? Um zu erfahren, wo die bravsten Kinder sind! Seid also brav, benehmt euch musterhaft, ohne Gebarden und Geschrei. Der Vulton wird dann seinen Gebarden und Geschrei so gut ertragen, eine so ruhige und munterhafte Schule gesehen. Wenn man ihn fragen wird, wo er denn die bravsten Kinder gesehen habe, wird er antworten: In der Schule auf der Rue Plantiers.

Gleich nach dem Frühstück begab sich die Frau Vorlesende zum Inspektor der Elementarschulen um Anweisungen. Sir Karl Vulton war aber noch vor ihrer Rückkehr erschienen und drückte den Wunsch aus, mit der Klasse der Geschichtsbücher bekannt zu werden. Die Lehrerin, Fräulein Bord, unterbrach die Stunde sofort. Schlang, schwarz gekleidet, mit einem matten Gesicht, erinnerte sie mit ihren regelmäßigen Augen an eine Madonna. Sir Karl bekam den Eindruck, daß ihre klassische Schönheit der musterhaften Schulordnung entspricht.

In der Tat, was für eine Ordnung und Disziplin! Eine unmerkliche Kopfbewegung der Lehrerin — und die ganze Klasse steht auf; auf der einen Seite die Mädchen, auf der anderen die Knaben. Auf das gegebene Zeichen setzen sich wieder alle ruhig hin, ohne den geringsten Lärm. Was für ein Gehorsam!

Sir Karl knüpfte mit der Lehrerin ein lautes Gespräch an. Sie nickte ihm mit einem Lächeln zu: Nichts Besonderes! Eine kleine Geschichte von einem Kamm, illustriert mit Zeichnungen an der Tafel! So, so! Eine Bemerkung Sir Vultons bewunderte doch die Lehrerin und sie sah unwillkürlich in der Richtung nach den letzten Bänken hin — endlich aber nicht sie befaßend mit dem Kopfe. Man stellte für Sir Vulton einen Stuhl gleich neben den Katheder der Lehrerin. Die Stunde begann. Aufmerksamkeit der Kinder nicht ab; noch ein Beweis der Disziplin und des guten Benehmens.

England stieg mit Niesenschnitten. Heute entfallen auf jeden englischen Bürger nicht weniger als 14 Pfund Seife, die verbraucht werden, gegenüber den 750 Gramm, die jährlich auf jeden Russen entfallen. Aber Russland verbraucht von allen europäischen Nationen verhältnismäßig am wenigsten Seife, bei den anderen Ländern schwankt der Durchschnittsconsum zwischen 2 und 10 Pfund pro Kopf der Bevölkerung.

Teure Gemüsesorten. Die Gemüsesorten sind im verflossenen Sommer überall so gering gewesen, daß ganz ungewöhnliche Comenspreise für das nächste Frühjahr zu erwarten sind. Wie der praktische Kartograph im Ost- und Westindien in Frankfurt a. D. mitteilt, kosten von Bohnen bis zu 100 Pfund, Zentner 250 Pfund, in anderen Jahren 80 Pfund, bis 50 Pfund. — Gartenfreunde können sich die betreffende Nummer vom Gesellschafter des praktischen Kartographen in Frankfurt a. D. kostenlos ausleihen lassen.

Wie's gemacht wird. Italien besetzt Tripolis und sagt: „Nehmt mir das nicht übel; es geschieht im Namen einer höheren Zivilisation.“ Die Türkei besetzt sich darüber. Die Türkei meißelt Brunnen und Albanien nieder und behauptet: „Das sind keine Katholiken, das sind Janakier.“

Die Türkei meißelt Brunnen und Albanien nieder und behauptet: „Das sind keine Katholiken, das sind Janakier.“ Die Türkei meißelt Brunnen und Albanien nieder und behauptet: „Das sind keine Katholiken, das sind Janakier.“ Die Türkei meißelt Brunnen und Albanien nieder und behauptet: „Das sind keine Katholiken, das sind Janakier.“

England läßt die Indier hungern sterben und begehrt sie durch das Opium. Es behauptet, daß das Geschlecht um die Hungertode zu rekurieren, die vor ihrer Herrschaft viel schlimmer waren. Frankreich appelliert deshalb an das europäische Gewissen. Frankreich appelliert deshalb an das europäische Gewissen.

Belgien begehrt die schrecklichsten Grausamkeiten am Kongo mit der Begründung, daß das Geschlecht, um den bisher unproduktiven Ländern und Menschen wirtschaftlichen Wert zu geben. Holland appelliert deshalb an die Zivilisation. Holland appelliert deshalb an die Zivilisation.

Japan verweigert Korea und soll dort in spanisch Jahren ebenbürtig Soldaten ziehen wie aus Japan. China erhebt hiergegen Einspruch. China erhebt hiergegen Einspruch.

Aus den Wäldern. Katernegeheimnisse. Katernegeheimnisse. Katernegeheimnisse. Katernegeheimnisse. Katernegeheimnisse. Katernegeheimnisse. Katernegeheimnisse. Katernegeheimnisse. Katernegeheimnisse. Katernegeheimnisse.

Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner.

Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner.

Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner.

Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner.

Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner.

Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner.

Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner. Die Nationen rühmen sich die Engländer und Amerikaner.

Schiffe, Tote, Tote, wie die Syma, wie die...

Die größte Querschnittkraft besaßen wohl die...

Die „Barrade“, „Schiffsbau“, wie bereits...

Die Barrade, „Schiffsbau“, wie bereits...

Die Barrade, „Schiffsbau“, wie bereits...

Die Barrade, „Schiffsbau“, wie bereits...

Paterlandsliebe.

Von Ludwig Schöma.

Die Schule wurde sie uns gezeigt, als...

Die Schule wurde sie uns gezeigt, als...

Die Schule wurde sie uns gezeigt, als...

Die Schule wurde sie uns gezeigt, als...

Die Schule wurde sie uns gezeigt, als...

Die Schule wurde sie uns gezeigt, als...

„Ohne Paterlandsgefühle keine Paterlandsliebe.“

„Ohne Paterlandsgefühle keine Paterlandsliebe.“

„Ohne Paterlandsgefühle keine Paterlandsliebe.“

„Ohne Paterlandsgefühle keine Paterlandsliebe.“

„Ohne Paterlandsgefühle keine Paterlandsliebe.“

Für unsere Frauen.

Die Frauen in der Kommunalverwaltung.

Die Frauen in der Kommunalverwaltung.

Die Frauen in der Kommunalverwaltung.

Die Frauen in der Kommunalverwaltung.

Die Frauen in der Kommunalverwaltung.

Die Frauen in der Kommunalverwaltung.

Die Frauen in der Kommunalverwaltung.

„Glaube an die heilige Kraft der Kirche ist mehr...

„Glaube an die heilige Kraft der Kirche ist mehr...

„Glaube an die heilige Kraft der Kirche ist mehr...

„Glaube an die heilige Kraft der Kirche ist mehr...

„Glaube an die heilige Kraft der Kirche ist mehr...

Ein kleiner Feuilleton.

Stimmungswechsel.

Stimmungswechsel.

Stimmungswechsel.

Stimmungswechsel.

Stimmungswechsel.

Stimmungswechsel.

Stimmungswechsel.

„Glaube an die heilige Kraft der Kirche ist mehr...

„Glaube an die heilige Kraft der Kirche ist mehr...

„Glaube an die heilige Kraft der Kirche ist mehr...

„Glaube an die heilige Kraft der Kirche ist mehr...

„Glaube an die heilige Kraft der Kirche ist mehr...

Ein kleiner Feuilleton.

Stimmungswechsel.

Stimmungswechsel.

Stimmungswechsel.

Stimmungswechsel.

Stimmungswechsel.

Stimmungswechsel.

Stimmungswechsel.